



C Motionen und Postulate

Motionen und Postulate

Staatskanzlei

Postulate

1. *Hans Peter Pfister* und Mit. über Qualitätssicherung und -entwicklung in der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen (Nr. 549). Eröffnet 20.11.01, erh. 21.1.03 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Die Staatskanzlei hat in letzter Zeit ein besonderes Augenmerk auf einen einheitlichen, hohen Standard bei der Beantwortung von Vorstössen gelegt. Die Vorstöße sind im Regierungsrat intensiver und vermehrt auch unter diesem Aspekt diskutiert worden. Dadurch haben wir die Qualität unserer Antworten und Stellungnahmen laufend verbessert. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

2. *Hans Peter Pfister* und Mit. über das Controlling von Vorstössen (Nr. 852). Eröffnet 17.2.03, erh. 14.9.04

Mit der Bündelung themenverwandter Vorstöße haben wir in Ihrem Rat zu fundierteren und effizienteren Debatten beitragen können. Im Sinne der rechtzeitigen und stufengerechten Information haben wir – zumeist auf Anregung der Begleitgruppe NPM Ihres Rates – gezielt Weiterbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen durchgeführt, die jeweils sehr gut besucht waren. Im Lauf des nächsten Jahres wird ein Handbuch für den Grossen Rat erscheinen, das auch Hinweise zur Formulierung von parlamentarischen Vorstössen und deren Beantwortung enthalten wird.

3. *Gerhard Klein* und Mit. über parlamentarische Unterlagen (Nr. 877). Eröffnet 1.4.03, teilw. erh. 14.9.04

Im Zusammenhang mit der für 2005 geplanten Einführung einer Geschäftskontrolle und einer neuen elektronischen Dokumenten- und Dossierverwaltung in der Staatskanzlei wird es möglich sein, im Internet alle Unterlagen eines Geschäfts gebündelt darzustellen und einem Sessionstraktandum zuzuordnen.

4. *Konrad Graber* und Mit. über einen Planungsbericht „Verselbständigung“ (Nr. 616). Eröffnet als Motion 23.4.02, erh. als Postulat 3.11.04 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Wir werden anhand des ersten konkreten Falles, das heisst in der Botschaft zu einem Spitalgesetz, das Anliegen thematisieren.

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Motionen

1. *Erwin Bachmann* und Mit. über ein sofortiges Planauflageverfahren für einen Autobahnanschluss N 14 in Buchrain (Nr. 413). Eröffnet 9.3.81, teilw. erh. 20.10.81

Im März 2004 haben wir das generelle Projekt „Anschluss Buchrain“ dem Bundesrat zur Genehmigung eingereicht. Mit der Genehmigung durch den Bundesrat wird im Frühjahr 2005 gerechnet. Danach wird nach der Ausarbeitung der Auflageprojekte der „Anschluss Buchrain“ zusammen mit dem „Zubringer Rontal“ öffentlich aufgelegt. Anfang 2005 legen wir Ihrem Rat die Botschaft und den Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den Bau des Autobahnzubringers Rontal vor. Der Baubeginn ist für 2007 und die Inbetriebnahme für 2010 geplant.

2. *Klaus Wermelinger* und Mit. über die Teilrevision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 383). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Im Zusammenhang mit den Departementsreformen in den Jahren 2000 und 2003 sind

das Landwirtschaftsgesetz und die Landwirtschaftsverordnung angepasst worden. Die Anpassung an die Änderungen des Bundesrechts ist Gegenstand eines Planungsberichts Landwirtschaft, der die Grundlage für die Revision des Landwirtschaftsgesetzes bilden wird. Wir werden Ihnen diesen Planungsbericht im Herbst 2005 unterbreiten.

3. *Alois Hodel* und Mit. über eine Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Nr. 854). Eröffnet 17.2.03, erh. 26.1.04

Wir haben Ihnen die Botschaft über eine Standesinitiative zum Raumplanungsgesetz zugestellt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

4. *Herbert Widmer* und Mit. über die Erstellung eines Planungsberichts für die Einbindung von Kriens in das Verkehrsnetz (öffentlicher Verkehr und motorisierter Individualverkehr) (Nr. 89). Eröffnet 28.10.03, teilw. erh. 15.3.04

Im Verlauf des Jahres 2004 wurden verschiedene Planungen und Massnahmen zur Verbesserung des Verkehrssystems in Kriens durchgeführt: Sanierung der Luzernerstrasse, Inbetriebnahme der Bahnhaltestelle Kriens Mattenhof, Verabschiedung des Bus-Förderungskonzepts AggroMobil und Erarbeitung des Agglomerationsprogramms Luzern. Die Planungsgrundlagen für die Umsetzung von weiteren Massnahmen liegen vor. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Guido Graf* und Mit. über einen Planungsbericht zur Halbierung der bürokratischen Belastung bei KMU (inkl. Landwirtschaftsbetriebe) (Nr. 86). Eröffnet 28.10.03, erh. 16.3.04

Wir haben am 7. Dezember 2004 einen Planungsbericht über die administrative Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zuhanden Ihres Rates verabschiedet. Der Planungsbericht legt dar, in welchen Bereichen die KMU administrativ hauptsächlich belastet werden und zeigt zahlreiche Entlastungsmassnahmen auf. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Louis Schelbert* und Mit. über eine nachhaltige Industriepolitik (Nr. 740). Eröffnet 10.9.02, teilw. erh. 16.3.04

Die mit der Motion verfolgten Anliegen sind Bestandteil des Legislaturprogramms 2003 - 2007. Die entsprechenden Massnahmen werden im Rahmen unserer Wirtschafts-, Bildungs- und Strukturpolitik im erwähnten Zeitraum laufend umgesetzt.

7. *Guido Graf* und Mit. über die Änderung der Vergabekriterien von § 5 des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen (Nr. 17). Eröffnet 17.6.03, erh. 14.6.04

Mit Botschaft vom 23. November 2004 (B 73) haben wir Ihnen den Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen unterbreitet und die Lehrlingsausbildung als Vergabekriterium berücksichtigt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

8. *Thomas Mathis* und Mit. über einen Planungsbericht zur Entwicklung der Landwirtschaft im Kanton Luzern (Nr. 140). Eröffnet 26.1.04, erh. 22.6.04

Wir werden Ihnen den Planungsbericht im Herbst 2005 vorlegen.

Postulate

1. *Joseph Hardegger* und Mit. über die verkehrsmässige Entlastung des Rontales (Nr. 220). Eröffnet 4.3.80, erh. 20.10.81

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

2. *Manfred Aregger* namens der Kommission zur Vorberatung der Bauprogramme 1982-1985 für die Kantons- und die Gemeindestrassen über einen Vollanschluss an die Nationalstrasse N 14 in Buchrain mit Tunnel Rontal-Reusstal (Nr. 579). Eröffnet 6.4.82, erh. 17.5.82

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

3. *Erwin Bachmann (Emmen)* und Mit. über einen Vollanschluss an die Nationalstrasse N 14 in Buchrain mit Tunnel Rontal-Reusstal (Nr. 582). Eröffnet 6.4.82, erh. 17.5.82

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

4. *Hans Stettler* und Mit. über den Autobahnanschluss A 14 Buchrain (Nr. 285). Eröffnet 28.1.97, teilw. erh. 13.5.97

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

5. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die Einführung eines Höchstanteils an nicht erneuerbaren Energien für Neubauten (Nr. 666). Eröffnet als Motion 23.3.99, teilw. erh. als Postulat 9.5.2000

Wir haben die bisherige Verordnung über den Wärmeschutz am 11. Juni 2004 materiell an die heutigen anerkannten Standards (SIA-Norm 380/1) angepasst, formell aber aufgehoben und als 5. Abschnitt (Wärmeisolation) in das vierte Kapitel der Planungs- und Bauverordnung eingefügt. Die neuen Bestimmungen sind seit dem 1. Juli 2004 in Kraft. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

6. *Louis Schelbert* und Mit. über die Neuregelung der Kompetenzen im öffentlichen Verkehr (Nr. 165). Eröffnet als Motion 4.7.2000, erh. als Postulat 24.10.2000
Die Anliegen werden im Rahmen der Finanzreform 08 geprüft.

7. *Pius Höltchi* und Mit. über die Einführung des Halbstundentakts der S-Bahn Zentralschweiz auf dem gesamten Abschnitt Seetalbahn (Nr. 385). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Wir haben im Planungsbericht über die S-Bahn Luzern (B 34) vom 9. Dezember 2003 aufgezeigt, dass für das Fahrplanjahr 2005 nicht alle geplanten Angebotsverbesserungen realisiert werden konnten. Sie müssen gestaffelt eingeführt werden. Wir werden das Anliegen im Rahmen des nächsten Fahrplanverfahrens weiterverfolgen.

8. *Pius Höltchi* und Mit. über die Optimierung des öffentlichen Regionalverkehrs mittels Einführung des Halbstundentakts der Linienbusse als Zubringer an die S-Bahn Seetal (Nr. 386). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Pius Höltchi und Mit. (Nr. 385).

9. *Otto Elmiger* und Mit. über die Änderung von § 11 Absatz 2 des Jagdgesetzes (Nr. 345). Eröffnet als Motion 27.3.01, erh. als Postulat 20.11.01

Im Rahmen einer Revision des kantonalen Jagdgesetzes ist zu prüfen, ob eine zusätzliche Steigerungslimite bei der Versteigerung von Jagdrevieren notwendig ist.

10. *Brigitte Aregger* und Mit. über die Aufhebung der Aufteilung der Jagdpachtzinsen unter den betroffenen Einwohnergemeinden (Nr. 517). Eröffnet 23.10.01, erh. 20.11.01

Im Rahmen einer Revision des kantonalen Jagdgesetzes ist zu prüfen, ob eine einheitliche Lösung zur Verteilung des Jagdpachtzinses unter den beteiligten Gemeinden vorgeschrieben werden soll.

11. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Schaffung und Äufnung eines Fonds für Grossprojekte gemäss § 20 öVG (Nr. 518). Eröffnet 23.10.01, erh. 28.1.02

Wir haben im Planungsbericht S-Bahn Luzern (B 34) vom 9. Dezember 2003 unsere Vorstellungen zur zukünftigen Finanzierung des öffentlichen Verkehrs formuliert. Wir werden diese Frage im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und der Umsetzung des neuen Finanzausgleiches des Bundes vertieft überprüfen.

12. *Rico De Bona* und Mit. über die Finanzierung einer S-Bahn (Nr. 521). Eröffnet 19.11.01, erh. 28.1.02

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Heinz Dätwyler und Mit. (Nr. 518).

13. *Guerino Riva* und Mit. über die Optimierung des Lärmschutzprojekts „Silentio“ im Bereich Bramberg/St. Karli (Nr. 531). Eröffnet als Motion 20.11.01, erh. als Postulat 5.3.02

Für die Gesamterneuerung der A 2 auf dem Gebiet der Stadt Luzern (Reussegg-Grosshof) wurde 2004 eine strategische Planung durchgeführt. Die Ergebnisse wurden dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) unterbreitet. Bestandteil dieser Planung sind verschiedene Varianten für Lärmschutzmassnahmen im Bereich der Sennibrücken. Grundsatzentscheide über Variantenwahl und Realisierungszeitpunkt werden im Jahr 2005 erwartet. Über Massnahmen auf Nationalstrassen entscheidet der Bund.

14. *Albert Vitali* und Mit. über die Reformorientierung des Richtplans 98 (Nr. 571). Eröffnet 22.1.02, erh. 27.5.02

Im Jahr 2005 wird das Controlling des kantonalen Richtplanes erstellt. Darin wird der Anpassungsbedarf aufgezeigt. Die alle 10 Jahre vorgesehene Überarbeitung des kantonalen Richtplanes werden wir 2006 an die Hand nehmen.

15. *Josef Fischer* und Mit. über die Finanzierung der Strassenrechnung (Nr. 601). Eröffnet 5.3.02, erh. 9.9.02 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Ihr Rat hat im Rahmen der Beratungen des Sparpaketes 05 die im Postulat vorgeschla-

gene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern beschlossen und gleichzeitig an der geltenden Verwendung des Steuerertrages für die Strassenrechnung festgehalten. In der Volksabstimmung vom 28. November 2004 wurde die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer abgelehnt. Über weitere zweckgebundene Einnahmequellen, die im Postulat angeregt werden, wird im Rahmen der Finanzreform 08 zu befinden sein.

16. *Heinz Dätwyler* und Mit. über den Abbau der aufgelaufenen Strassenbauschuld gemäss bestehender Sonderfinanzierung (Nr. 710). Eröffnet 9.9.02, erh. 25.11.02 Die Strassenbauschuld betrug Ende 2003 91,6 Mio. Franken und wurde 2004 um 2 Mio. auf 89,6 Mio. Franken reduziert. Die Vorgaben für 2005 beinhalten eine Reduktion von 9,7 Mio. Franken. Es ist vorgesehen die Strassenbauschuld auch in den Folgejahren sukzessive abzubauen. Wir verweisen zudem auf unsere Ausführungen zum Postulat Josef Fischer und Mit. (Nr. 601).

17. *Konrad Graber* und Mit. über Energiesparmassnahmen (Nr. 604). Eröffnet 5.3.02, erh. 17.2.03

Die Verordnung über den Wärmeschutz wurde auf den 1. Juli 2004 in die Planungs- und Bauverordnung integriert und die Bestimmungen wurden an die heute anerkannten Standards der SIA-Norm 380/1 angepasst. Um die Energie- und Klimaziele zu erreichen, sind zusätzliche Massnahmen erforderlich. Diese werden wir im Planungsbericht Energiepolitik im Kanton Luzern darlegen, den wir Ihnen im Herbst 2005 unterbreiten werden. Darin werden wir auch die Anliegen des Postulates aufnehmen.

18. *Pia Maria Brugger* und Mit. über die Finanzierung des gesamten Agglomerationsverkehrs (Nr. 769). Eröffnet als Motion 29.10.02, erh. als Postulat 1.4.03

Das Agglomerationsprogramm Luzern wird Ende Februar 2005 dem Bund zur Vorprüfung eingereicht. Wir haben aufgrund unseres Beschlusses zur Finanzreform 08 eine Projektorganisation eingesetzt, welche die kantonalen gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung und Finanzierung des Agglomerationsprogramms erarbeiten wird.

19. *Adrian Borgula* und Mit. über die Reduktion des Kohlendioxidausstosses im Kanton Luzern (Nr. 847). Eröffnet 17.2.03, teilw. erh. 24.6.03

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 604).

20. *Louis Schelbert* namens der GB-Fraktion über eine Betriebszentrale der SBB in Luzern (Nr. 20). Eröffnet 23.6.03, erh. 25.11.03

Die SBB haben in dieser Frage noch keine Entscheide gefällt. Die SBB haben uns zugesichert, dass unsere Anliegen sorgfältig überprüft werden.

21. *Heinz Dätwyler* und Mit. über zügige und wirksame Massnahmen zugunsten der bestehenden Buslinie Nr. 1 Luzern–Kriens–Obernau (Nr. 107). Eröffnet 25.11.03, erh. 19.1.04

Im Jahr 2004 wurde die Luzernerstrasse in Kriens saniert, wovon auch die Buslinie 1 profitiert. Weiter wurden das Bus-Förderungskonzept AggroMobil verabschiedet und der Entwurf des Agglomerationsprogramms Luzern erarbeitet. Die Verbesserung der Bedingungen für die Buslinie 1 besitzt in unseren Planungen hohe Priorität. Weitere Massnahmen werden wir gemäss Bauprogramm für die Kantonsstrassen umsetzen.

22. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Entfernungspflicht von gefährlichen Unkräutern (Nr. 725). Eröffnet als Motion 9.9.02, erh. als Postulat 26.1.04

Wir haben gestützt auf § 77 des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes die Kreuzkräuter als gefährlich bzw. gemeingefährlich erklärt und geeignete Bekämpfungsmassnahmen angeordnet. Der Kanton beteiligt sich an den Entsorgungskosten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

23. *Anton Kunz* und Mit. über ein Briefpostzentrum Zentralschweiz (Nr. 766). Eröffnet 29.10.02, erh. 26.1.04

Wir werden die Post bei der Realisierung des Subzentrums in Luzern bei Bedarf unterstützen und dafür sorgen, dass die gesamtwirtschaftlichen Interessen des Standorts Luzern eingebbracht und gewahrt werden.

24. *Marcel Roth* und Mit. über neue Planungsmodelle in der Raumplanung (Nr. 860). Eröffnet 31.3.03, erh. 26.1.04

Wir werden die Post bei der Realisierung des Subzentrums in Luzern bei Bedarf unterstützen und dafür sorgen, dass die gesamtwirtschaftlichen Interessen des Standorts Luzern eingebbracht und gewahrt werden.

25. *Ida Glanzmann* und Mit. über den Ausbau des Verkehrsknotens auf der Kantonsstrasse Dagmersellen-Nebikon zur Erschliessung des Industrieparks Gäuerhof (Nr. 23). Eröffnet als Motion 23.6.03, erh. als Postulat 26.1.04
 Die Sicherheit beim Verkehrsknoten Gäuerhof wurde im Sommer 2004 mit einer neuen Lichtsignalanlage und einer neuen Abbiegespur ab dem Autobahnanschluss verbessert. Das Bauvorhaben wurde durch Dritte realisiert. Der Kanton übernahm Kosten in der Höhe des Projektierungsaufwandes im Sinne eines Beitrages an die Wirtschaftsförderung der Region Dagmersellen sowie an die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Balz Koller* und Mit. über die Prioritätensetzung der Aufhebung des Niveauübergangs in Sempach Station, Gemeinde Neuenkirch (Nr. 59). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 26.1.04
 Wir haben am 6. April 2004 eine Priorisierung der Kantonsstrassenprojekte bis 2012 gemäss Bauprogramm für die Kantonsstrassen 2003 - 2006 vorgenommen. Die Aufhebung des Niveauübergangs ist in 1. Priorität enthalten. Aufgrund der vorhandenen finanziellen Mittel und der Bewilligungsverfahren ist eine Realisierung nach 2010 möglich. Gegenwärtig prüft die Gemeinde Neuenkirch die Erreichbarkeit der Industriezone Sempach-Station Nord-Ost mit einer neuen Gemeindestrasse zu verbessern. Die Linienführung der Gemeindestrasse entspricht der Linienführung des Kantonsstrassenprojekts.

27. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr und den schienengebundenen Güterverkehr (Nr. 851). Eröffnet als Motion 17.2.03, erh. als Postulat 15.3.04
 Die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms, namentlich zur Finanzierung der darin vorgesehenen Bahn- und Strasseninfrastrukturvorhaben, ist Gegenstand der Finanzreform 08.

28. *Gerhard Klein* und Mit. über die Ausarbeitung eines verbindlichen Massnahmenkatalogs zur Verbesserung der Standortqualität des Kantons Luzern (Nr. 656). Eröffnet als Motion 28.5.02, erh. als Postulat 16.3.04 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
 Im Rahmen unseres Legislaturprogramms 2003 - 2007 werden vorab in der Bildungs-, Wissenschafts-, Steuer-, Sozial-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik schwergewichtige Massnahmen umgesetzt, welche die Attraktivität unseres Kantons als Wirtschaftsstandort weiter verbessern.

29. *Konrad Graber* über eine Standesinitiative zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen (Nr. 143). Eröffnet 8.3.04, erh. 9.3.04
 Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wurde in der Volksabstimmung vom 28. November 2004 angenommen. Darin ist der Grundsatz verankert, dass Bund und Kantone neu gemeinsam zuständig sind für den Agglomerationsverkehr. Zurzeit erarbeiten die Bundesbehörden eine Vernehmlassungsvorlage für einen Verkehrsfonds zur Finanzierung der Projekte im Agglomerationsverkehr. Wir haben unsere Schlüsselpunkte im Verkehrsbereich angemeldet und werden Ende Februar 2005 den Entwurf des Agglomerationsprogramms Luzern dem Bund zur Prüfung unterbreiten. Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen für die Finanzierung des Agglomerationsverkehrs, insbesondere in Luzern, durch den Bund ein.

30. *Hermann Morf* und Mit. über die Einreichung einer Standesinitiative zur Entlastung des Agglomerationsverkehrs (Nr. 151). Eröffnet als Motion 8.3.04, erh. als Postulat 9.3.04
 Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 143).

31. *Michael Egli* über die Belohnung von Firmen mit Lehrstellen bei öffentlichen Submissionen (Nr. 49). Eröffnet als Motion 8.9.03, erh. als Postulat 14.6.04
 Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Guido Graf und Mit. (Nr. 17). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

32. *Konrad Graber* über wirksame Energieförderung im Kanton Luzern (Nr. 166). Eröffnet 3.5.04, erh. 14.6.04
 Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 604).

33. *Adrian Borgula* namens der GB-Fraktion über die Weiterführung der Energie- und Klimapolitik (Nr. 186). Eröffnet 3.5.04, teilw. erh. 14.6.04
 Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 604).

34. *Patrick Meier* über den Rad- und Gehweg Root–Gisikon–Honau (Nr. 225). Eröffnet 4.5.04, erh. 14.9.04

Wir haben am 6. April 2004 eine Priorisierung der Kantonsstrassenprojekte bis 2012 gemäss Bauprogramm für die Kantonsstrassen 2003 - 2006 vorgenommen. Das im Postulat erwähnte Vorhaben wurde nicht priorisiert. Das BUWD hat aber alternative Massnahmen prüfen lassen, weil im entsprechenden Strassenabschnitt keine Radverkehrsanlagen vorhanden sind, der Strassenabschnitt als Schulweg dient und Bestandteil des Schweizerischen Radwanderwegnetzes ist. Danach sollen die Radfahrenden aus Richtung Root und Gisikon über das lokale Strassennetz auf wenig befahrenen Strassen bis nach Honau geleitet werden. Ab Honau bis zur Kantonsgrenze soll die Radweglücke mit einem neuen Rad-/Gehweg entlang der Kantonsstrasse geschlossen werden. Dieses Vorgehen entspricht der im Radroutenkonzept 94 enthaltenen Massnahme. Das Vorhaben soll im Jahr 2006 realisiert werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

35. *Patrick Meier* und Mit. über die Neat-Linienführung und den Tiefbahnhof Luzern (Nr. 167). Eröffnet 3.5.04, teilw. erh. 14.9.04

Der Bund führt bis 2007/08 eine Gesamtüberprüfung aller Bahngrossprojekte durch. Wir werden die Interessen des Kantons Luzern weiterhin mit Nachdruck vertreten.

36. *Leo Müller* und Mit. über das Vorziehen der Projekte „Verbesserung der Verkehrssicherheit in Ruswil“ und „Radverkehrsanlage entlang der Kantonsstrasse Wolhusen–Ruswil“ (Nr. 98). Eröffnet 28.10.03, teilw. erh. 3.11.04

Wir haben am 6. April 2004 eine Priorisierung der Kantonsstrassenprojekte bis 2012 gemäss Bauprogramm für die Kantonsstrassen 2003 - 2006 vorgenommen. Die beiden im Postulat erwähnten Vorhaben wurden nicht priorisiert. Die im Postulat beschriebene gefährliche Einfahrt der K 34 in die K 12 wird durch die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur überprüft. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

37. *Leo Müller* und Mit. über eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr und den schienengebundenen Güterverkehr (Nr. 157). Eröffnet als Motion 16.3.04, teilw. erh. als Postulat 3.11.04

An der Ausschreibungspflicht gemäss §10 öVG soll festgehalten werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

38. *Leo Müller* und Mit. über die Bewilligungspraxis bei Betriebsumstellungen in der Landwirtschaft (Nr. 141). Eröffnet 26.1.04, teilw. erh. 3.11.04

Bei Betriebsumstellungen ist jeweils sicherzustellen, dass die Bodenabhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen erhalten bleibt. Diese Bewilligungsvoraussetzungen, die heute bei inneren Aufstockungen zu prüfen sind, kamen schon nach der Ausnahmewilligungspraxis zu inneren Aufstockungen, wie sie vor dem Inkrafttreten der Änderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung am 1. September 2000 galt, zur Anwendung. Wir haben den nach Bundesrecht möglichen Spielraum ausgeschöpft. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

39. *Heidi Frey* und Mit. über Massnahmen zur Verminderung der „Wegwerfmentalität“ in der Gesellschaft bzw. Verminderung des so genannten „Litterings“ (Nr. 250). Eröffnet 21.6.04, erh. 3.11.04 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Die im eigenen Kompetenzbereich liegenden Informationsmassnahmen werden umgesetzt. Weitergehende Massnahmen liegen im Kompetenzbereich des Bundes (Pfand für PET-Flaschen) bzw. werden im Rahmen der Revision des Einführungsgesetzes zum Umweltschutzgesetz und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden von uns geprüft.

40. *Josef Fischer* und Mit. über die Park-and-ride-Situation im Kanton Luzern (Nr. 268). Eröffnet 22.6.04, erh. 29.11.04

Das kantonale Park-and-ride- bzw. Bike-and-ride-Konzept ist in der Umsetzungsphase. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

41. *Heinz Dätwyler* und Mit. über das Agglomerationsverkehrsprogramm (Aufzeigen von Varianten) (Nr. 273). Eröffnet 22.6.04, erh. 29.11.04

Der Entwurf des Agglomerationsprogramms Luzern wird Ende Februar 2005 dem Bund zur Vorprüfung eingereicht. Wir führen eine Zweckmässigkeitsprüfung durch, mit der die vier Varianten Bypass kurz, weiträumige Umfahrung, Nullvariante und reine öV-Lösung umfassend beurteilt werden. Die Ergebnisse werden Anfang 2006 vorliegen.

Bildungs- und Kulturdepartement

Motionen

1. *Erna Müller* und Mit. über die Integration neuer Technologien bei der Informationsbeschaffung (Nr. 159). Eröffnet 4.7.2000, erh. 12.9.2000
Den überarbeiteten Planungsbericht zum Computereinsatz in den Schulen werden wir Ihrem Rat im ersten Halbjahr 2005 zustellen.
2. *Konrad Vogel* und Mit. über die „Renaissance“ des Lehrerberufs (Nr. 263). Eröffnet 21.11.2000, erh. 3.7.01
Wir haben Ihrem Rat den Planungsbericht zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schule und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs) am 23. November 2004 zugestellt. Die Behandlung ist im Frühjahr 2005 vorgesehen. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.
3. *Louis Schelbert* und Mit. über den Einbezug des Grossen Rates in der (Vor-) Schulrage „Basisstufe“ (Nr. 477). Eröffnet 11.9.01, erh. 2.7.02
Im Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 haben wir die Basisstufe ausführlich dargestellt. Der Planungsbericht ist in der Session vom 13./14. September 2004 in Ihrem Rat besprochen worden. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.
4. *Beat Ineichen* und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253). Eröffnet 21.6.04, teilw. erh. 30.11.04
Wir werden Ihnen die Anpassung des Denkmalschutzgesetzes zusammen mit dem Vorschlag für die Einrichtung eines Bauinventars vorlegen, sobald die Frage der Finanzierung geklärt ist.

Postulate

1. *Heidi Rothen* über die Schaffung einer kantonalen Jugendkonferenz (Nr. 738). Eröffnet 25.10.94, erh. 30.1.96
In den letzten Jahren wurden auf kommunaler und kantonaler Ebene Pilotversuche zur verstärkten Partizipation von Kindern und Jugendlichen unternommen. Die Überführung dieser Versuche in institutionalisierte Formen der politischen Mitbeteiligung scheiterte vor dem Hintergrund der Sparprogramme an den notwendigen Ressourcen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
2. *Ruth Keller* und Mit. über die Förderung von unterstützenden Tagesstrukturen für Familien mit Kindern in der Volksschule (Nr. 209). Eröffnet 23.10.2000, erh. 13.2.01
Wir haben beschlossen, im Rahmen der Umsetzung der neuen Wochenstundentafel für die Primarschule ab Schuljahr 2006/07 an den Kindergärten und Primarschulen flächendeckend Blockzeiten einzuführen. Weitergehende familienergänzende Betreuungsangebote sollen im Rahmen einer Teilrevision des Gesetzes über die Volksschulbildung behandelt werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
3. *Margrit Hurschler* und Mit. über die Erweiterung der Kompetenz in deutscher Sprache an der Volksschule (Nr. 310). Eröffnet 13.2.01, erh. 2.7.01
Wir haben im Rahmen der Schulentwicklung beschlossen, dass im Unterricht der Volksschulen nach 2005 konsequent die Hochsprache verwendet werden soll. Ebenso haben wir das Amt für Volksschulbildung beauftragt, weitere Unterstützungsmassnahmen zur Sprachförderung im Unterricht vorzubereiten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
4. *Hans Ulrich Bühler* und Mit. über die Beurteilung der Schüler mit Noten (Nr. 170). Eröffnet als Motion 4.7.2000, erh. als Postulat 11.9.01
Wir haben festgelegt, dass die Beurteilung nach der Methode „Ganzheitlich Beurteilen und Fördern“ auf die erste und zweite Primarklasse beschränkt wird. Gleichzeitig haben wir beschlossen, ab Schuljahr 2007/08 die Beurteilung mit Noten und erweiterten Elementen ab der 3. Primarklasse flächendeckend einzuführen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
5. *Ruth Keller* und Mit. über die Einführung von GBF an der 1.-3. Klasse und Noten ab der 4. Klasse der Primarschule (Nr. 414). Eröffnet als Motion 26.6.01, erh. als Postulat 11.9.01

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Hans Ulrich Bühler und Mit. über die Beurteilung der Schüler mit Noten (Nr. 170). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

6. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Errichtung eines Instituts für Judikative an der Universität Luzern (Nr. 463). Eröffnet 10.9.01, erh. 22.1.02

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie sind weitere Überlegungen zu Kooperationsmöglichkeiten angestellt worden. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät hat mit der Berner Rechtsfakultät Kontakt aufgenommen. Diese zeigt sich grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert. Im Laufe des Jahres 2005 sollen diese Abklärungen zum Abschluss kommen. Danach kann ein Entscheid über die Art und Weise des Engagements der Luzerner Rechtsfakultät gefällt werden.

7. *Ruth Keller* und Mit. über die Elternmitwirkung an der Volksschule (Nr. 511). Eröffnet als Motion 23.10.01, teilw. erh. als Postulat 2.7.02

Das Anliegen wird in die geplante Teilrevision des Gesetzes über die Volksschulbildung einbezogen.

8. *Beat Feller* und Mit. über die Erstellung eines Katasters für schützenswerte Objekte (Nr. 724). Eröffnet 9.9.02, erh. 10.9.02

Sowohl wir wie Ihr Rat haben betont, dass die Erstellung eines Bauinventars eine notwendige und dringliche Aufgabe sei. Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

9. *Beat Ineichen* und Mit. über die zukünftige Kostentragung für weiterführende Schulen nach der ordentlichen Schulpflicht (Nr. 507). Eröffnet 23.10.01, erh. 21.1.03

Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Finanzierung der Fachmittelschulen und Wirtschaftsmittelschulen im neuen kantonalen Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung zu regeln, soll dies nun im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich erfolgen.

10. *Konrad Vogel* und Mit. über die Behebung der prekären Schulraumsituation im Bereich Sekundarstufe II sowie der Pädagogischen Hochschule im Raum Luzern und Agglomeration (Nr. 660). Eröffnet als Motion 28.5.02, erh. als Postulat 1.4.03

Eine Arbeitsgruppe hat Vorschläge zur strategischen Schulraumplanung in Luzern und in der Agglomeration vorgelegt. Mit dem Vorentscheid für den Standort der Universität im Postbetriebsgebäude beim Bahnhof und dem dadurch möglichen Einbezug der Pädagogischen Hochschule Luzern in das Projekt sind gute Voraussetzungen für die Lösung der Schulraumprobleme in der Agglomeration geschaffen worden.

11. *Walter Stucki* und Mit. über die Revision des Gesetzes über den Schutz der Kulturdenkmäler (Nr. 770). Eröffnet als Motion 29.10.02, teilw. erh. als Postulat 1.4.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

12. *Margrit Steinhäuser* und Mit. über Lese- und Schreibkurse für Deutsch sprechende Erwachsene (Nr. 757). Eröffnet 28.10.02, teilw. erh. 23.6.03

Im April 2005 starten die Zentralschweizer Bildungsdepartemente eine gemeinsame Kampagne zur Bekämpfung des Illetrismus. Die Kampagne erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Lesen und Schreiben für Erwachsene Innerschweiz, welcher die nötigen Kurse für Betroffene bereitstellt. Der Kanton Luzern finanziert diese Kurse mit. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

13. *Louis Schelbert* und Mit. über das Beheben von Benachteiligungen bei der nachobligatorischen Ausbildung (Nr. 791). Eröffnet 26.11.02, erh. 23.6.03

Die in der Antwort aufgeführten Massnahmen wurden in der Zwischenzeit umgesetzt. So fanden anlässlich der Zentralschweizer Bildungsmesse 2003 in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle FABIA verschiedene Aktivitäten speziell für ausländische Jugendliche und ihre Eltern statt. Auf allen Ebenen wurde die Sensibilisierung für die spezielle Problematik der ausländischen Jugendlichen verstärkt. Nach wie vor bestehen die grössten Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche von ausländischen Jugendlichen. Trotz Aufrufen konnte daran bisher wenig geändert werden. Staatlicher Einflussnahme sind hier Grenzen gesetzt. Für ausländische Jugendliche ohne Lehrstelle werden entsprechende Brückenangebote geführt, welche die Integration in den Bildungs- und/oder Arbeitsmarkt zum Ziel haben. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

14. *Ruth Fuchs* und Mit. über den modularartigen Unterricht in der Berufsausbildung, speziell im Bereich der Berufsmaturität (Nr. 842). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03
 Die kantonale Berufsmaturitätskommission hat den Auftrag erhalten, die Einführung von Modulen im Bereich der Berufsmaturität zu prüfen. Die ersten Zwischenergebnisse sind eher ernüchternd. Pädagogische und schulorganisatorische Gründe erschweren die Realisierung. Außerdem sieht das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (mit Ausnahme der Informatiker-Ausbildung) im Bereich der beruflichen Grundbildung ausdrücklich keine Module vor.

15. *Ernst Blaser* und Mit. über die Entlastung der Lehrbetriebe im Rahmen des neuen kantonalen Gesetzes über die Berufs- und Erwachsenenbildung (Nr. 843). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03
 Wir lehnen es ab, die Betriebe von den jährlichen Beiträgen an die Kosten des Berufsschulunterrichtes zu entlasten. Im Entwurf des neuen kantonalen Gesetzes über die Berufs- und Weiterbildung ist eine solche Entlastung denn auch nicht vorgesehen. Desse[n] Beratung in Ihrem Rat ist für Mitte 2005 vorgesehen.

16. *Fredy Zwimpfer* und Mit. über eine Ergänzung des Planungs- und Baugesetzes (Nr. 762). Eröffnet als Motion 29.10.02, erh. als Postulat 23.6.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)
 Wir werden die Fragen zum Planungs- und Baugesetz im Rahmen der Anpassung des Denkmalgesetzes behandeln. Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

17. *Vreni Güter* und Mit. über die Entwicklung und Einführung von Instrumenten zur Anerkennung von Lernleistungen (Nr. 844). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03
 Der Entwurf zum neuen kantonalen Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung sieht die Anerkennung von Lernleistungen ausdrücklich vor. Die Beratung dieses Gesetzes in Ihrem Rat ist für Mitte 2005 vorgesehen. Wir haben die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Qualifikationsverfahren (klassische Lehrabschlussprüfungen und alternative Lernleistungen) in die Wege geleitet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

18. *Isabel Isenschmid* und Mit. über Leistungsmessungen an der Sekundarstufe I (Nr. 845). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03
 Im Projekt „Schulentwicklung nach 2005“ sehen wir die Realisierung von Leistungsmessungen vor. Eine interkantonale Arbeitsgruppe der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz erarbeitet gegenwärtig ein Konzept für solche Leistungsmessungen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Ruth Keller* namens der EBKK über eine umgehende Intervention bei Bund und Bundesrat für eine Aufnahme des Verkehrshauses der Schweiz in die zu gründende Stiftung Schweizerisches Landesmuseum (Nr. 109). Eröffnet 19.1.04, erh. 20.1.04
 Das Anliegen ist erfüllt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

20. *Vreni Grüter* und Mit. über die rasche Revision von § 44 des Gesetzes über die Volksschulbildung (Schulpflege) (Nr. 58). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 9.3.04
 Das Anliegen ist im Rahmen des neuen Gemeindegesetzes berücksichtigt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Pia Hirschi* und Mit. über die Zusammenarbeit aller Ausbildungspartner bei der Reorganisation der Berufsschulen des Kantons Luzern/Schaffung von Kompetenzzentren (Nr. 152). Eröffnet 8.3.04, erh. 9.3.04
 Die Diskussion über die Reorganisation der Berufsfachschulen im Kanton Luzern ist im Gang. Die Berufsbildungspartner (Berufsfachschulen, Berufsverbände und weitere Organisationen), die direkt Betroffenen sowie die politischen Gremien (EBKK, KEB) werden in die Entscheidfindung einbezogen.

22. *Gaby Müller* namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (BKD19 und 22) (Nr. 175). Eröffnet als Motion 3.5.04, erh. als Postulat 21.6.04
 Im Auftrag des Konkordatsrats FHZ hat eine interkantonale Arbeitsgruppe die aktuelle Situation bezüglich der Trägerschaftsstrukturen bei der FHZ aufgezeigt und erste Änderungsvorschläge gemacht. Wir werden im Rahmen der Vernehmlassung eine Stellungnahme abgeben und allenfalls weitere Vorschläge für Strukturverbesserungen vorschlagen.

23. *Bruno Stalder* und Mit. über die Stärkung der regionalen Gymnasialangebote (Nr. 672). Eröffnet 24.6.02, erh. 22.6.04

Die kantonalen Gymnasien auf der Landschaft konnten nicht nur bezüglich Bildungsangebot, sondern auch baulich an die aktuellen Bedürfnisse gemäss Maturitätsanerken-nungsreglement (MAR) angepasst werden. Der Ausbau der KSS Schüpfheim ist geplant.

24. *Ruth Keller* und Mit. über eine Aufschiebung des Projekts "Weiterentwicklung der Sekundarstufe I" (Nr. 149). Eröffnet 8.3.04, teilw. erh. 14.9.04

Die Einführung der erweiterten Beurteilung an der Sekundarstufe I erfolgt gleichzeitig mit der Umsetzung des entsprechenden Konzepts an der Primarschule im Schuljahr 2007/08. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

25. *Felicitas Zopfi* und Mit. über den Einbezug der Pädagogischen Hochschule in das Gebäude der Universität (Nr. 34). Eröffnet 24.6.03, teilw. erh. 14.9.04 (in Verbin-dung mit dem Finanzdepartement)

Im Rahmen der neu aufgenommenen Prüfung zum Standort der Universität Luzern hat sich mit dem Postbetriebsgebäude eine Lösung entwickelt, die den Einbezug der Pädagogischen Hochschule Luzern möglich macht. Damit kann neben den positiven räumli-chen Synergien das drängende Raumproblem im Bereich Musegg/Fluhmatt einer Lö-sung zugeführt werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Karl M. Ronner* und Mit. über das didaktisch-methodische Mittel PC für den Unter-richt an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (Nr. 746). Eröffnet 10.9.02, erh. 14.9.04

Die PHZ Luzern setzt seit der Aufnahme ihres Betriebes konsequent moderne Mittel und Methoden der Informations- und Kommunikationstechnologien ein. Die Studierenden können selbständig mit diesen Mitteln umgehen. Sie werden auch befähigt, den Com-puter später im Unterricht auf allen Stufen der Volksschule optimal einzusetzen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

27. *Josef Fischer* und Mit. über die Berufsschuloptimierung (Nr. 289). Eröffnet 13.9.04, erh. 14.9.04

Zurzeit sind die Variantendiskussionen für die Reorganisation der Berufsfachschulen noch im Gang. Ein Entscheid wird erst getroffen, wenn sämtliche Kostenfolgen aufgezeigt werden können. Die EBKK Ihres Rates wird über die Entwicklungen informiert und in die Entscheidfindung einbezogen.

28. *Beat Felder* und Mit. über ein umfassendes sportpolitisches Konzept im Kanton Luzern (Nr. 600). Eröffnet 5.3.02, erh. 3.11.04 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Das sportpolitische Konzept liegt vor und wird schrittweise umgesetzt. Zurzeit wird ge-prüft, wie mit einem Zusammenschluss der drei bestehenden Kommissionen im Bereich Sportförderung (J+S, Senioren, Sport-Toto) zu einer Kantonalen Sportkommission allfäl-lige Doppelpurigkeiten vermieden werden können. In die Überprüfung wird auch die Unterstellung des Sportamtes einbezogen.

29. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Prüfung der Zusammenlegung der katholischen theologischen Fakultäten der Universitäten Luzern und Freiburg (Nr. 126). Eröffnet 20.1.04, erh. 30.11.04

Das Bildungs- und Kulturdepartement hat die Möglichkeit einer Zusammenlegung der beiden katholischen theologischen Fakultäten Luzern und Freiburg geprüft und ist zu dem Schluss gekommen, dass eine solche Fusion nicht möglich ist. Freiburg ist nicht bereit zu einer Aufgabe seiner Fakultät – auch nicht des deutschsprachigen Teils. Luzern muss zur Anerkennung als Universitätskanton mindestens drei Fakultäten führen. Hinge-gen haben die beiden zuständigen Bildungsdirektoren im Dezember 2004 eine Verein-barung für eine enge Kooperation unterzeichnet, welche die konsequente Einrichtung von Doppelprofessuren, die Festlegung von Schwerpunkten sowie die Schaffung ge-meinsamer Angebote vorsieht. Luzern strebt damit eine Senkung der Kosten pro Studie-genden an. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

30. *Hans Peter Pfister* und Mit. über das Selbstverständnis der Denkmalpflege (Nr. 254). Eröffnet 21.6.04, teilw. erh. 30.11.04

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

31. *Guido Luternauer* über die Rolle der Luzerner Denkmalpflege (Nr. 316). Eröffnet als Motion 2.11.04, teilw. erh. als Postulat 30.11.04

Die vorgesehene Erstellung eines Bauinventars wird auch die Kommunikation zwischen Eigentümern und Denkmalpflege erleichtern und verbessern. Zudem wird diesem Aspekt im Alltagsgeschäft verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt.

Finanzdepartement

Motionen

1. *Paul Steiner* und Mit. über eine Revision des Finanzaushaltsgesetzes (Nr. 258). Eröffnet 3.12.96, erh. 1.7.97

Das total revidierte Gemeindegesetz sowie die Verordnung über den Finanzaushalt der Gemeinden traten am 1. Januar 2005 in Kraft. Diese beiden Erlasse führten einige grundlegende Neuerungen für das öffentliche Rechnungswesen auf Gemeindeebene ein, so die Kostenrechnung, die Möglichkeit, den Gemeindehaushalt nach dem Modell der wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu führen usw. Wir werden den Gemeinden im Verlaufe des Jahres 2005 zu diesen beiden Erlassen ein Handbuch zur Verfügung stellen. Die Gemeinden müssen das neue Finanzaushaltrecht bis 2009 umsetzen. Wir werden die Auswirkungen der Neuerungen überprüfen, damit wir auch für eine allfällige Anpassung des kantonalen Finanzaushaltsgesetzes Rückschlüsse ziehen können.

Auf gesamtschweizerischer Ebene ist eine Anpassung des öffentlichen Rechnungswesens im Gange. Die Finanzdirektorenkonferenz, die im Jahre 1981 das in 26 Kantonen und allen Gemeinden im Einsatz stehende harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) herausgegeben hat, hat einer Projektorganisation den Auftrag erteilt, Neuerungen und Anpassungen im öffentlichen Rechnungswesen zu prüfen und ein neues Handbuch sowie ein Mustergesetz zu entwerfen (HRM 2). Dabei sollen auch allfällige Neuerungen aus internationalen Rechnungslegungs-Standards soweit möglich und zweckmäßig, berücksichtigt werden. Wir erwarten im Verlauf des Jahres 2006 einen Bericht der Projektorganisation an die Finanzdirektorenkonferenz. Wir werden im Rahmen einer Vernehmlassung Gelegenheit haben, diesen Bericht zu würdigen. Wir erwarten ein Handbuch für das HRM 2 frühestens auf den 1. Januar 2008. Dann dürfen auch erste Erfahrungen aus der erwähnten total revidierten Gemeindegesetzgebung sowie der Finanzaushaltverordnung für die Gemeinden vorliegen.

Auch der Bund befasst sich mit einer Reorganisation seines Rechnungswesens. Er führt ein so genanntes „neues Rechnungsmodell“ (NRM) ein. Der Bundesrat hat die dafür notwendige Revision des eidgenössischen Finanzaushaltsgesetzes mit einer Botschaft dem eidgenössischen Parlament zugeleitet. Wir rechnen im Bundeshaushalt frühestens im Jahr 2007 mit einer Umstellung auf das NRM.

Es wäre angesichts der erwähnten Projektarbeiten nicht angebracht, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Revision des kantonalen Finanzaushaltsgesetzes einzuleiten. Wir wollen vorerst die Ergebnisse der gesamtschweizerischen Anpassungsarbeiten und die Erfahrungsauswertung der revidierten Gemeindefinanz-Vorschriften abwarten. Wir werden Revisionsarbeiten am Finanzaushaltsgesetz frühestens 2008 an die Hand nehmen.

2. *Leo Müller* und Mit. über Sparmassnahmen im eigenen Bereich und im interkantonalen Bereich (Nr. 619). Eröffnet 23.4.02, erh. 28.10.02

Wir haben in der Staatsrechnung 2003 (S. 451 ff.) in einer separaten Darstellung über die Umsetzung der Motion berichtet. Wir haben Ihrem Rat die Botschaft über Massnahmen für gesunde Staatsfinanzen und den Schuldenabbau (Sparpaket 2005) vom 5. März 2004 (B 43) vorgelegt. Wir verweisen im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit auf den Entwurf eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (B 25 vom 26. September 2003) sowie auf den Entwurf eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (B 63 vom 28. September 2004).

Wir haben Ihrem Rat die Botschaft zum Entwurf eines Dekrets über den Beitritt zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureenrichtungen (B 53 vom 25. Mai 2004) unterbreitet. Wir werden uns auch künftig für eine gerechte Abgeltung der Zentrumslasten einsetzen. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

3. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Strategie für eine finanzwirksame Aufgabenreform (Nr. 738). Eröffnet 10.9.02, erh. 28.10.02

Wir haben vor der Erarbeitung des Voranschlags 2004 die Leistungskataloge sämtlicher Dienststellen überprüft. Die Resultate dieser Überprüfung sind in den Voranschlag 2004 eingeflossen. Wir haben im Rahmen des Sparpaket 2005 (B 43 vom 5. März 2004) die Leistungsaufträge einzelner Dienststellen erneut überprüft und angepasst. Da der IFAP 2005 – 2009 jedoch noch immer strukturelle Defizite in den Planjahren 2006 – 2009 ausweist, haben wir im Herbst 2004 das Projekt „Reform 06“ unter Einbezug einer grossräumlichen Kommission an die Hand genommen. Diese Kommission hat den Auftrag, bis am 30. Juni 2005 Vorschläge aufzuzeigen, wie der Leistungskatalog des Kantons reformiert werden kann und wie wir die Leistungen künftig effizienter erbringen können. Das Anliegen der Motionäre ist erfüllt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

4. *Otto Elmiger* und Mit. über die Überwachung der Kapitalflüsse der kantonalen Verwaltung mit dem Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden (Nr. 816). Eröffnet 21.1.03, erh. 1.4.03

Wir haben das Amt für Finanzdienstleistungen beauftragt, die grösseren Geldflüsse anhand der Staatsrechnung 2003 zu analysieren. Die Resultate liegen vor.

Wir berechnen auf verspätete oder vorzeitige Zahlungen der Gemeinden an die Lehrerbesoldungen und die AHV-Beiträge sowie für die Schlussabrechnungen im Steuerbereich bereits heute Soll- und Habenzinsen. Nicht termingerechte Zahlungen führen deshalb weder für den Kanton noch für die Gemeinden zu Nachteilen.

Das Amt für Finanzdienstleistungen (früher die Finanzverwaltung) erfasst seit langem die bekannten Geldströme. Wir bauen im Rahmen der SAP-Einführung das Treasury-Management weiter aus. Wir erarbeiten im Sinne der Motion geeignete Überwachungsmassnahmen für die betragsmässig relevanten Kapitalflüsse, wobei wir die jeweils zuständige Dienststelle und das Departementscontrolling einbinden. Die eingeleiteten Massnahmen werden im Jahr 2005 wirksam. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Marcel Roth* und Mit. über die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung bei der Einkommens- und Vermögenssteuer (Nr. 564). Eröffnet 22.1.02, erh. 28.10.03

Das mit der Motion verfolgte Anliegen ist durch die von Ihrem Rat beschlossene Steuergesetzrevision 2005 erfüllt. Die neuen Bestimmungen sind am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Leo Müller* und Mit. über eine konkurrenzfähigere Besteuerung von Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften (Nr. 744). Eröffnet 10.9.02, erh. 28.10.03

Das mit der Motion verfolgte Anliegen ist durch die von Ihrem Rat beschlossene Steuergesetzrevision 2005 erfüllt. Die neuen Bestimmungen sind am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

7. *Leo Müller* und Mit. über die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer (Nr. 450). Eröffnet 3.7.01, erh. 25.11.03

Ihr Rat hat die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer bei der Beratung der Botschaft zum Sparpaket 2005 auf die nächste Steuergesetzrevision verschoben. Diese findet gemäss IFAP 2005 – 2009 per 2008 statt.

8. *Marcel Roth* und Mit. über die Anpassung der Vermögenssteuer an die Nachbarkantone (Nr. 565). Eröffnet 22.1.02, erh. 25.11.03

Ihr Rat hat einer Senkung des Steuerfusses um 3/20 Einheiten für 2003 und somit einer Reduktion der Vermögenssteuer zugestimmt. Weiter wirkten sich die Motionen Marcel Roth (Nr. 564) und Leo Müller (Nr. 450), welche wir beide mit dem Steuerpaket 2005 umgesetzt haben, positiv auf die Entlastung der Vermögenssteuer aus. Das Ziel der Motionäre ist jedoch nicht erreicht. Wir werden die Anliegen der Motion im Rahmen der geplanten Steuergesetzrevision 2008 noch einmal aufgreifen.

9. *Alois Hodel* und Mit. über die Milderung der Steuerbelastungen von einkommensschwachen Familien, Alleinstehenden, Jugendlichen und Rentnern (Nr. 618). Eröffnet 23.4.02, erh. 25.11.03

Das mit der Motion verfolgte Anliegen ist durch die von Ihrem Rat beschlossene Steuergesetzrevision 2005 erfüllt. Die neuen Bestimmungen sind am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

10. *Herbert Widmer* und Mit. über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes (Nr. 55). Eröffnet 9.9.03, erh. 9.3.04

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Paul Steiner und Mit. über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes (Nr. 258).

11. *Roland Vonarburg* und Mit. über die Anpassung der Leistungsaufträge bis Ende 2007 (Nr. 127). Eröffnet 20.1.04, erh. 14.6.04

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Leo Müller und Mit. (Nr. 619) sowie zur Motion Hans Peter Pfister und Mit. (Nr. 738). Wir haben im Rahmen des Sparpaket 2005 rund 93 Vollzeitstellen abgebaut (Stand Ende Dezember 2004). Ein weiterer Stellenabbau wird noch folgen. Wir haben in der Antwort auf die Motion Zopfi und Mit. (Nr. 262, eröffnet 21.6.2004) in Aussicht gestellt, dass wir in der Staatsrechnung 2005 umfassend über die Resultate aus dem Sparpaket 2005 Bericht erstatten werden. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

12. *Konrad Graber* über eine administrative Entlastung von KMU (Nr. 145). Eröffnet 8.3.04, erh. 14.9.04

Die Motion fordert den Regierungsrat auf, die Einführung des neuen Lohnausweises mit allen Mitteln zu verhindern. Der Finanzdirektor hat in einem Brief an die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) die Bedenken und Anliegen des Kantons Luzern dargelegt. Die gleichen Anliegen brachten bereits die Nationalräte Ruedi Lustenberger und Rudolf Gysin in die Beratungen der Eidgenössischen Räte ein. In der Antwort des Präsidenten der SSK wurde festgehalten, dass von verschiedener Seite die rasche Einführung des neuen Lohnausweises, der das Resultat intensiver Verhandlungen sei, gefordert werde. Es wird darin auch verneint, der neue Lohnausweis führe zu unakzeptablem Mehraufwand für die Unternehmen. Gleichzeitig wird auf Hilfsmittel (Handbuch, Software) hingewiesen, die den Umgang mit dem neuen Lohnausweis erleichterten.

Mit der offiziellen Intervention des Kantons Luzern bei den Bundesbehörden ist das Anliegen der Motion erfüllt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

13. *Felicitas Zopfi* und Mit. über die Berichterstattung der Resultate aus dem Sparpaket 2005 (Nr. 262). Eröffnet 21.6.04, erh. 2.11.04

Wir werden Ihren Rat im Rahmen der Staatsrechnung 2005 über die Umsetzung des Sparpaket 2005 orientieren.

Postulate

1. *Marcel Johann* und Mit. über die Straffung statistischer Erhebungen durch Bund und Kanton (Nr. 247). Eröffnet 2.12.96, teilw. erh. 1.7.97

Wir haben Ihnen in Aussicht gestellt, das teilweise erheblich erklärte Anliegen im Rahmen der geplanten Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes zu prüfen. Es geht um die Frage, ob Aufgaben des Amtes für Statistik an privatwirtschaftliche Institutionen übertragen werden können oder ob das Amt für Statistik als selbstständige Körperschaft zu führen sei. Der Gesetzesentwurf ging im Sommer 2004 in die Vernehmlassung. Er setzt sich unter anderem mit der Organisation der kantonalen öffentlichen Statistik auseinander und sieht die Möglichkeit einer Verselbständigung der zentralen Statistikstelle sowie Formen der Zusammenarbeit vor. Wir werden Ihrem Rat voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2005 eine entsprechende Botschaft zuleiten.

2. *Priska Birrer* und Mit. über eine stärkere steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen durch eine Tarifanpassung im unteren Segment (Nr. 498). Eröffnet als Motion 22.10.01, erh. als Postulat 23.10.01

Ihr Rat hat mit der Steuergesetzrevision 2005 eine neue Tarifstruktur beschlossen, die eine markante steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen vorsieht. Das revidierte Steuergesetz ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

3. *Josef Huber* und Mit. über eine Anpassung der untersten Einkommenssteuertarife mit Wirkung auf die Steuern 2001 mit dem Zweck einer humaneren Besteuerung von Rentnerinnen und Rentnern (Nr. 502). Eröffnet als Motion 22.10.01, erh. als Postulat 23.10.01

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 498 Priska Birrer und Mit. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

4. *Rico De Bona* und Mit. über die Anpassung des Steuergesetzes betreffend die Progression bei den unteren Einkommen (Nr. 428). Eröffnet 2.7.01, erh. 23.10.01

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 498 Priska Birrer und Mit.

Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

5. *Otto Elmiger* und Mit. über den Verkauf von Wertschriften aus dem Portefeuille des Verwaltungsvermögens (Nr. 223). Eröffnet 24.10.2000, teilw. erh. 20.11.01

Im Zusammenhang mit dem Projekt Luzern '99 haben wir die Strategie festgelegt, nicht

mehr unbedingt benötigte Beteiligungen zu verkaufen. Dazu gehören Beteiligungen des Verwaltungs- wie auch des Finanzvermögens. Bei Beteiligungen des Verwaltungsvermögens ist jeweils vorab eine Entwidmung und Umbuchung ins Finanzvermögen vorzunehmen, wenn die Beteiligung verkauft werden soll. Diejenige Instanz, welche die Unternehmensbeteiligung beim Kauf der Wertschriften als Staatsaufgabe bezeichnet hat, muss feststellen, dass eine weitere Beteiligung des Staates aus heutiger Sicht nicht mehr notwendig ist. Nach erfolgter Umbuchung kann der Regierungsrat den Verkauf vornehmen (vgl. Botschaft B 42 vom 22. Februar 2000 zum Verkauf der Aktien der Rottal Auto AG).

In den letzten Jahren haben wir mit Erfolg grössere Beteiligungen verkauft oder reduziert. Wir haben unsere Beteiligung an der Luzerner Kantonalbank anlässlich der Teilprivatisierung (Secondary public offering SPO) markant reduziert. Im Frühjahr 2004 haben wir den Verkauf einer weiteren Tranche Aktienkapitals beschlossen, wovon wir 40'000 Aktien direkt verkauft haben. Im Spätsommer 2004 haben wir eine Umtauschanleihe über 100 Millionen Franken herausgegeben, welche an LUKB-Aktien gekoppelt ist. Wenn die Investoren diese Anleihe wandeln, können wir unsere Bestände an LUKB-Aktien weiter abbauen und dabei einen beträchtlichen Buchgewinn erzielen, der gemäss Umwandlungsgesetz für zusätzliche Abschreibungen zu verwenden ist (§ 3 Abs. 3 Umwandlungsgesetz, SRL Nr. 690).

Wir haben im Dezember 2004 die Aktien der Erdgas Zentralschweiz AG verkauft.

Bei unserer CKW-Beteiligung sind zwei Entwicklungen zu beachten:

- Die CKW planen im Jahre 2005 eine markante Substanzausschüttung (Abbau nicht mehr benötigten Eigenkapitals). Unserem Kanton, der 10 Prozent an den Aktien der CKW hält (zuzüglich 24'068 Partizipationsscheine), fließen damit bedeutende Mittel zu.
- Bei der CKW-Beteiligung besteht eine Preisbindung. Nach der Substanzausschüttung wird sich der Kurs der CKW-Aktien verändern. Wir wollen dies abwarten, um allfällige weitere Verkaufsschritte zu überlegen. Es wird Sache Ihres Rates sein, die Entwidmung dieser Beteiligung aus dem Verwaltungsvermögen zu beschliessen, da nur ein kleiner Teil der Beteiligung bereits im Finanzvermögen bilanziert ist.

Wir erachten den Verkauf nicht mehr benötigter Beteiligungen als Daueraufgabe.

6. *Louis Schelbert* und Mit. über die Errichtung eines zentralen Steuerregisters innerhalb der kantonalen Verwaltung (Nr. 445). Eröffnet als Motion 3.7.01, teilw. erh. als Postulat 20.11.01

Das Projekt Datenpool hat in der Berichtsperiode Fortschritte erzielt. Seit Ende 2003 sind alle Gemeinden an die Datendrehscheibe angeschlossen. Heute können wir verschiedene regelmässige Meldungen elektronisch austauschen. Eine Speicherung der Steuerdaten im Datenpool ist indes heute rechtlich noch nicht zulässig. Die dazu notwendigen rechtlichen Grundlagen haben wir Ihrem Rat mit dem Entwurf für ein Informationsgesetz unterbreitet.

7. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Erfassung der kommunalen Belastungen im Bereich Strassen (Nr. 548). Eröffnet 20.11.01, teilw. erh. 2.7.02 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Ihr Rat hat im Zusammenhang mit der Totalrevision des Finanzaushaltrechts für die Gemeinden (Teil VI des Gemeindegesetzes) die Einführung einer Kostenrechnung für die Gemeinden beschlossen und dabei einheitliche Berechnungsfaktoren vorgegeben. Das neue Gemeindegesetz ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten, wobei die Gemeinden ihren Finanzaushalt innert vier Jahren auf die Kostenrechnung umstellen müssen. Die Kostenrechnung über die kommunalen Belastungen im Bereich Strassen wird somit 2009 flächendeckend zur Verfügung stehen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

8. *Hans Walther* und Mit. über die Einhaltung des Finanzleitbildes (Nr. 617). Eröffnet 23.4.02, erh. 1.7.02

Wir orientieren uns bei der Erarbeitung der Voranschläge und der Integrierten Finanz- und Aufgabenpläne konsequent am Finanzleitbild. Wir konnten zwischen 1998 und 2002 rund 300 Millionen Franken an Schulden abbauen. Sie haben in den Jahren 2002 und 2003 die Staatssteuer um 2/10 Einheiten gesenkt. Wir haben im Legislaturprogramm 2003 – 2007 die Umsetzung des Finanzleitbilds bekräftigt. Wir mussten das Ziel der Reduktion der Verschuldung auf der Zeitachse korrigieren. Das „Sparpaket 2005“ und das Projekt „Reform 06“ verdeutlichen unseren Willen, das Finanzleitbild umzusetzen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

9. *Odilo Abgottsporn* über die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen des Kantons Luzern (Nr. 703). Eröffnet 2.7.02, erh. 29.10.02

In der Bundesverfassung ist mit der Annahme der Neugestaltung des Finanzausgleichs

und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in der Volksabstimmung vom 28. November 2004 die Rechtsgrundlage für eine verbesserte Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen geschaffen worden. Der Katalog der Leistungen, für welche die Kantone zentralörtliche Abgeltungen einfordern können, umfasst die Bereiche kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Straf- und Massnahmenvollzug, Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung, Abfallbewirtschaftung, Abwasserreinigung, Agglomerationsverkehr, Spaltenmedizin und Spezialkliniken sowie Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden. In den meisten dieser Bereiche sind heute schon Regelungen in Kraft, so zum Beispiel die interkantonale Universitätsvereinbarung, die Fachhochschulvereinbarung und die interkantonale Heimvereinbarung (die abgelöst werden soll durch die interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE). Ihr Rat hat für den Kulturbereich vor kurzem eine interkantonale Vereinbarung zwischen den Kantonen Zürich, Luzern, Zug und Schwyz genehmigt.

Die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich wird gesamtschweizerisch in der Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) konkretisiert. Die IRV liegt in einem überarbeiteten Entwurf vor. Die Konferenz der Kantsregierungen will sie im Verlauf des Frühjahrs 2005 zuhanden der einzelnen kantonalen Regierungen beziehungsweise Parlamente verabschieden. Wir werden das Beitrittsverfahren des Kantons Luzern zu dieser Interkantonalen Rahmenvereinbarung im Verlauf des Jahres 2005 einleiten. Ihr Rat wird über den Beitritt des Kantons zu dieser Vereinbarung befinden. Die Vereinbarung stellt gewissermassen die „Verfassung“ der interkantonalen Zusammenarbeit dar, auf die sich die einzelnen punktuellen Vereinbarungen beziehen können. Bei gutem Verlauf des Ratifikationsverfahrens in den einzelnen Kantonen ist es denkbar, die IRV bereits 2007 und damit vor Inkrafttreten der NFA (voraussichtlich am 1. Januar 2008) in Kraft zu setzen. Wir möchten auch ohne die erwähnte Grundlage bilateral mit einzelnen anderen Kantonen interkantonale Lastenausgleichsvereinbarungen abschliessen, um den Kanton Luzern möglichst rasch zu entlasten.

10. *Albert Vitali* und Mit. über die Prüfung von andern Räumlichkeiten für das Amtsgericht und für das Regierungsstatthalteramt des Amtes Sursee. (Nr. 663). Eröffnet 28.5.02, erh. 26.11.02 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Das Amt für Hochbauten und Immobilien hat zusammen mit der Stadt Sursee, dem Justiz- und Sicherheitsdepartement und dem Obergericht eine Standortevaluation vorgenommen und Mietverhandlungen für einen neuen Standort geführt. Das Amtsgericht wird gemäss Entscheid der Stadt Sursee neu in der Überbauung Therma untergebracht. Das Grundbuchamt Sursee und das Regierungsstatthalteramt verbleiben an den heutigen Standorten. Wir konnten den Mietvertrag für das Grundbuchamt verlängern, nachdem der Liegenschaftsbesitzer die Kündigung zurückgezogen hatte. Wir wollen über einen möglichen Standortwechsel des Regierungsstatthalteramtes erst entscheiden, wenn allfällige organisatorische und aufgabenbezogene Änderungen der Regierungsstatthalter im Rahmen der neuen Verfassung geklärt sind. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

11. *Cornelius Müller* und Mit. über die Errichtung/Ansiedlung einer Fachhochschule oder Hochschule oder einer grossen kantonalen Amtsstelle im Luzerner Seetal (Nr. 491). Eröffnet 11.9.01, teilw. erh. 20.1.03

Ihr Rat hat am 14. Juni 2004 dem Kauf der Klosterschule Baldegg durch den Kanton Luzern und dem Verkauf des Miteigentumsanteils an der Kantonsschule Hochdorf an die Gemeinde Hochdorf zugestimmt (B 44 vom 23. März 2004). Ihr Rat hat den Sonderkredit für die erste Umbauetappe der Schule Baldegg bewilligt (B 56 vom 29. Juni 2004). Sie haben damit den Grundstein für die Konzentration der kantonalen Mittelschule Seetal am einzigen Standort Baldegg gelegt. Der Kanton Basel-Stadt hat im Dezember 2004 als letzter Vertragspartner dem Konkordat über die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) zugestimmt. In den heutigen Räumen des Seminars Hitzkirch wird damit die grösste Polizei-Ausbildungsstätte der deutschen Schweiz entstehen, in der das Zentralschweizer und das Nordwestschweizer Polizeikonkordat ihre Korps ausbilden werden (B 25 vom 26. September 2003). Wir werden die bisherige Polizeischule des Zentralschweizer Konkordats in Sempach in die Polizeischule Hitzkirch integrieren. Wir werden Ihrem Rat die Botschaft für die zweite Ausbauetappe der Schule Baldegg zur Überführung des Seminars Hitzkirch in die Schule Baldegg in der ersten Jahreshälfte 2005 vorlegen. Das Anliegen des Postulats ist damit erfüllt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

12. *Adrian Borgula* und Mit. über die Förderung der frühzeitigen öffentlichen Meinungsbildung im Projekt Neubau der Universität Luzern (Nr. 764). Eröffnet 29.10.02, erh. 27.1.03 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)
Ihr Rat setzte im Anschluss an den Beschwerdeentscheid des Verwaltungsgerichts zur

Befangenheit eines Jurymitgliedes eine parlamentarische Kommission ein, um die Universitätsplanung zu begleiten. Diese grossrätliche Kommission prüfte aufgrund einer Neubeurteilung der Situation wegen der stark nach oben korrigierten Studentenzahl weitere Standorte. Sobald der Standortentscheid definitiv gefallen ist, werden wir mit der Bauplanung beginnen. Wir haben eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Informati onscheifs des Kantons Luzern beauftragt, ein Kommunikationskonzept auszuarbeiten. Dieses Konzept wird laufend an die Arbeiten der parlamentarischen Kommission und deren Entscheide angepasst und mit der Kommission abgesprochen: Das Konzept umfasst die Information der Bevölkerung der Stadt und des Kantons Luzern, der Universität Luzern, des Grossen Rates und spezieller Gruppierungen. Mit diesem Vorgehen ist eine breite Information und Kommunikation sichergestellt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

13. *Hans Peter Pfister* und Mit. über einen finanzpolitisch verantwortbaren Universitätsneubau (Nr. 833). Eröffnet 17.2.03, erh. 1.4.03 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Die von Ihrem Rat eingesetzte Kommission zur Begleitung der Universitätsplanung prüfte neue Standorte. Der ursprüngliche Uni-Standort am Kasernenplatz ist wegen der mittlerweile viel grösseren Studentenzahl weggefallen. Sobald der Standortentscheid definitiv gefallen ist, werden wir Ihrem Rat eine Vorlage mit einer umfassenden Information über das neue Anforderungsprofil der Universität Luzern, den Abschluss der Planung am Kasernenplatz, das Ergebnis der neuen Standortevaluation und die finanziellen Konsequenzen unterbreiten. Nach der Ausarbeitung des Bauprojektes werden die Luzerner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger voraussichtlich im Frühjahr 2007 über den Universitätsneubau entscheiden können.

14. *Guido Graf* und Mit. über Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über den Finanzausgleich (Nr. 790). Eröffnet 26.11.02, teilw. erh. 23.6.03
Wir werden Ihrem Rat im Herbst 2005 einen ersten Wirkungsbericht über den Finanzausgleich zuleiten. Der Bericht wird die definitiven Rechnungsergebnisse der Gemeinden 2003 und 2004 und die Budget- und Steuerfuss-Situation 2005 analysieren. Daraus lassen sich Schlüsse ziehen. Allerdings läuft immer noch die Übergangsfrist zur Einführung des neuen Finanzausgleichs, d.h. die Auswirkungen des neuen Gesetzes greifen noch nicht in vollem Umfang. Der Wirkungsbericht 2005 wird die Form eines Planungsberichts haben, zu dem Sie Bemerkungen und Aufträge zur Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes verabschieden können. Eine Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes wäre dann auf das Jahr 2007 möglich. Wir arbeiten mit den Gemeinden zusammen. Grundlegende Änderungen am Finanzausgleichssystem scheinen uns gegenwärtig nicht angebracht.

15. *Felix Müri* und Mit. über die Überprüfung der Leistungsaufträge in der kantonalen Verwaltung (Nr. 822). Eröffnet 27.1.03, erh. 24.6.03
Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu den Motiven Nr. 738 Hans Peter Pfister und Mit. über eine finanzwirksame Aufgabenreform und Nr. 619 Leo Müller und Mit. über Sparmassnahmen im eigenen und im interkantonalen Bereich. Das Anliegen der Postulanten ist umgesetzt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

16. *Peter Brunner* und Mit. über eine steuerliche Entlastung von Einzelfirmen und Personengesellschaften (Nr. 472). Eröffnet 10.9.01, teilw. erh. 28.10.03
Die einzelnen Forderungen im Vorstoss decken sich weitgehend mit der Unternehmenssteuerreform II, die voraussichtlich 2008 in Kraft tritt. Wir beabsichtigen, die Forderungen der Postulanten im kantonalen Anschlussgesetz zum Bundesgesetz mit der Steuergesetzrevision 2008 zu prüfen.

17. *Hans Aregger* und Mit. über eine attraktive Steuerbelastung juristischer Personen im Kanton Luzern (Nr. 412). Eröffnet 25.6.01, erh. 28.10.03
Wir haben den Anliegen der Postulanten in der von Ihrem Rat beschlossenen Teilrevision des Steuergesetzes auf 2005 Rechnung getragen. Für Kapitalgesellschaften mit grosser Kapitalisierung ist seit 1. Januar 2005 eine Reduktion des Satzes für die Kapitalsteuer in Kraft. Die Kapitalsteuer für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften haben wir so weit gesenkt, dass wir im schweizerischen Vergleich einen Spitzenplatz einnehmen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

18. *Leo Müller* und Mit. über die Neugestaltung von heute strukturhemmenden Steuern (Nr. 269). Eröffnet als Motion 21.11.2000, erh. als Postulat 28.10.03
Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Peter Brunner und Mit. über eine steuerliche Entlastung von Einzelfirmen und Personengesellschaften (Nr. 472). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Ruedi Amrein* und Mit. über die steuerliche Bewertung von nicht landwirtschaftlich genutzten Ökonomiegebäuden in der Landwirtschaftszone (Nr. 456). Eröffnet 10.9.03, erh. 28.10.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Die Eidgenössischen Räte haben am 20. Juni 2003 Änderungen des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGGB) beschlossen. Der Bund hat auf 1. Februar 2004 die eidgenössische Anleitung für die Schätzung des landwirtschaftlichen Ertragswertes revidiert. Wir haben im Anschluss die Praxisänderung im Luzerner Steuerbuch nachvollzogen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

20. *Konrad Graber* über attraktive Familienbesteuerung (Nr. 361). Eröffnet 7.5.01, erh. 25.11.03

Das Steuerpaket 2001 des Bundes ist anlässlich des Urnengangs im Mai 2004 abgelehnt worden. Somit entfällt die Übernahme der Änderungen der Familienbesteuerung in das kantonale Steuerrecht. Die weitere Entwicklung der Familienbesteuerung des Bundes ist in Diskussion. Wir werden Ihrem Rat gemäss IFAP 2005 – 2009 eine Botschaft über den zweiten Teil der Steuergesetzrevision auf 2008 vorlegen, welche bereits bekannte Änderungen der Familienbesteuerung berücksichtigen wird. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die unverzügliche Übernahme der Bundeslösung bei der Familienbesteuerung ins Luzerner Steuergesetz (Nr. 185). Eröffnet als Motion 12.9.2000, erh. als Postulat 25.11.03

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber (Nr. 361). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

22. *Hansruedi Bucheli* und Mit. über die Einführung des Voll-Splitting-Modells mit einer Teilrevision des Steuergesetzes (Nr. 196). Eröffnet als Motion 23.10.2000, erh. als Postulat 25.11.03

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber (Nr. 361). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

23. *Alois Hodel* und Mit. über die Änderung von § 57 Absatz 2 des Steuergesetzes (Familientarif) (Nr. 635). Eröffnet als Motion 23.4.02, erh. als Postulat 25.11.03

Wir haben auf Grund eines Verwaltungsgerichtsentscheides eine Praxisänderung vollzogen und das Luzerner Steuerbuch entsprechend angepasst. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

24. *Prisca Birrer* und Mit. über die Steuerbefreiung des Existenzminimums (Nr. 785). Eröffnet als Motion 26.11.03, erh. als Postulat 25.11.03

Das Steuerpaket 2001 des Bundes ist anlässlich des Urnengangs im Mai 2004 abgelehnt worden. Die Vorlage hätte eine Änderung des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) enthalten, wonach das Existenzminimum jeder steuerpflichtigen Person steuerfrei sein sollte. Ihr Rat hat mit der Teilrevision des Steuergesetzes auf 2005 eine Tarifänderung beschlossen, welche die steuerliche Belastung kleiner Einkommen wesentlich reduziert hat. In diesem Sinn ist das Anliegen der Postulanten erfüllt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

25. *Peter Lerch* und Mit. über die Anpassung der Steuerprogression (Nr. 787). Eröffnet als Motion 26.11.02, teilw. erh. als Postulat 25.11.03

Ihr Rat hat auf 1. Januar 2005 eine Teilrevision des Steuergesetzes beschlossen, welche die steuerliche Belastung kleiner Einkommen durch eine Tarifänderung wesentlich reduziert hat. Das Anliegen der Postulanten ist erfüllt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Christoph Lengwiler* über die Anpassung von § 2 Absatz 3 des Steuergesetzes (788). Eröffnet als Motion 26.11.02, erh. als Postulat 25.11.03

Wir haben das Postulat zusammen mit der FDP-Initiative zum gleichen Thema in der Botschaft B 70 vom 9. November 2004 behandelt. Ihr Rat kann sich somit bei der Beratung unserer Botschaft mit dieser Frage befassen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

27. *Odilo Abgottspion* und Mit. über eine Änderung des Steuergesetzes (Nr. 494). Eröffnet als Motion 22.10.01, erh. als Postulat 25.11.03

Die Abzugsfähigkeit der Krankenkassenprämien sollte im Steuerpaket 2001 des Bundes neu geregelt werden. Dieses ist in der Volksabstimmung gescheitert. Somit hat sich eine

neue Ausgangslage ergeben, und eine Anpassung ist hinfällig geworden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

28. *Margret Müller* und Mit. über die steuerliche Abzugsberechtigung der Löhne im Familienhaushalt (Nr. 236). Eröffnet als Motion 24.10.2000, erh. als Postulat 25.11.03

Wir werden Ihrem Rat gemäss IFAP 2005 – 2009 eine Botschaft über den zweiten Teil der Steuergesetzrevision auf 2008 vorlegen und das Anliegen im Rahmen dieser Teilrevision prüfen.

29. *Josef Fischer* und Mit. über die Indikatoren bei den Leistungsaufträgen (Nr. 26). Eröffnet 24.6.03, erh. 25.11.03

Die flächendeckende WOV-Einführung wird bis Ende 2005 abgeschlossen sein. Entsprechend werden wir im Rahmen des neuen Führungssystems den Indikator Kundenzufriedenheit grundsätzlich und soweit sinnvoll bei allen Dienststellen auf den Voranschlag 2006 einführen.

30. *Josef Schärli* und Mit. über eine Erhöhung der Entschädigung des Kantons an die Gemeinden für die Veranlagung und das Steuerinkasso (Nr. 293). Eröffnet als Motion 16.1.01, teilw. erh. als Postulat 20.1.04

Die Entschädigungen wurden im Rahmen des Sparpaketes 2005 neu geregelt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

31. *Marlis Roos* und Mit. über die Erhöhung der Veranlagungs- und Inkassogebühren der Gemeinden für die Staatssteuer (Nr. 828). Eröffnet 27.1.03, erh. 20.1.04

Die Entschädigungen wurden im Rahmen des Sparpaketes 2005 neu geregelt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

32. *Albert Vitali* und Mit. über die Verrechnung von Verzugszinsen bei Steuerrechnungen (Nr. 863). Eröffnet 31.3.03, teilw. erh. 20.1.04

Wir werden Ihrem Rat gemäss IFAP 2005 – 2009 eine Botschaft über den zweiten Teil der Steuergesetzrevision per 2008 vorlegen. Wir werden die Verrechnung der Verzugszinsen dannzumal prüfen.

33. *Marcel Johann* und Mit. über Änderungen im Gesetz betreffend die Erbschaftssteuer (Nr. 789). Eröffnet als Motion 26.11.02, teilw. erh. als Postulat 20.1.04

Ihr Rat hat per 1. Januar 2005 eine Teilrevision des Steuergesetzes beschlossen. Darin sind Änderungen im Bereich der Erbschaftssteuer enthalten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

34. *Guido Graf* namens der CVP-Fraktion über das weitere Vorgehen beim Projekt Universität Luzern (Nr. 114). Eröffnet 19.1.04, erh. 20.1.04 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Ihr Rat hat für die Ausarbeitung eines Planungsberichtes zur Universität Luzern eine Spezialkommission eingesetzt. Wir beziehen sie insbesondere bei der Standortevaluation und bei Fragen des Architekturwettbewerbs (dessen Abbruch oder Fortführung) mit ein. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. Das Zusammenwirken unseres Rates mit der Spezialkommission ergibt für die zu entscheidenden Fragen Transparenz und eine breite politische Abstützung.

Wir wollen Ihrem Rat nach dem Standortentscheid anstelle des ursprünglich vorgesehenden Planungsberichts eine Projektierungskreditvorlage unterbreiten. Wir können damit den engen Terminplan mit dem zwingend einzuhaltenden Subventionseingabetermin an das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) im November 2005 einhalten. Wir können nur so den noch geltenden höheren Subventionssatz geltend machen. Wir werden mit der Vorlage über das neue Anforderungsprofil der Universität Luzern, den Abschluss der Planung am Kasernenplatz, das Ergebnis der neuen Standortevaluation und die finanziellen Konsequenzen umfassend informieren. Das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Universitätsprojekt steht somit fest. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

35. *Fredy Zwimpfer* namens der SVP-Fraktion über einen neuen Standort der Universität Luzern (Nr. 115). Eröffnet 19.1.04, teilw. erh. 20.1.04 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 114 Guido Graf und beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

36. *Anton Kunz* und Mit. über den Universitätsneubau (Nr. 119). Eröffnet 19.1.04, erh. 20.1.04 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 114 Guido Graf und beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

37. *Louis Schelbert* und Mit. über die Rücknahme der Reinigungsdienste in die kantonale Verwaltung (Nr. 784). Eröffnet als Motion 26.11.02, teilw. erh. als Postulat 16.3.04

Wir halten wegen der in bestimmten Bereichen wesentlichen Kosteneinsparungen, die wir durch den Einsatz externer Reinigungsfirmen erzielen, und wegen der flexibleren Einsatzmöglichkeit des externen Reinigungspersonals am sinnvollen Einsatz von externen Reinigungsfirmen fest. Wir haben mittels einer Umfrage bei den Dienststellen und kantonalen Betrieben die Zufriedenheit mit den Reinigungsleistungen geklärt. Die Ergebnisse waren vorwiegend positiv. Wir haben die Probleme mit den betroffenen Stellen direkt besprochen und Lösungen mit den Reinigungsfirmen vereinbart.

Der neu ausgetriebene Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Reinigungsbranche ist seit Herbst 2004 in Kraft und allgemein verbindlich. Alle vom Kanton beauftragten Firmen müssen diesen Vertrag einhalten. Wir überprüfen bestehende Verträge und neue Verträge schliessen wir nur ab, wenn die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages sichergestellt ist. Wir sind bei Zu widerhandlungen berechtigt, den Vertrag aufzulösen. Mit dem Gesamtarbeitsvertrag ist es möglich, Firmen von kantonalen Aufträgen auszuschliessen, die die Arbeitsbedingungen gemäss GAV nicht einhalten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

38. *Louis Schelbert* namens der GB-Fraktion über die Einführung des Konsultationsverfahrens (Nr. 147). Eröffnet 8.3.04, teilw. erh. 9.3.04

Wir haben bei der Umsetzung des Sparpaketes 2005 die Personalorganisationen in den Prozess miteinbezogen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Personalorganisationen konnten zu der regierungsrätlichen Vorlage Stellung nehmen. Die Personalorganisationen sind mit zwei Mitgliedern im Begutachtungsgremium vertreten. Dieses Gremium stellt die rechtsgleiche Anwendung des Sozialplans sicher. Wir haben die paritätische Personalkommission laufend über den Stand des Vollzugs informiert. Wir werden auch sicherstellen, dass – sollten weitere Leistungsüberprüfungen eingeleitet werden, die zu einem Stellenabbau führen – die Personalorganisationen rechtzeitig in den Prozess einbezogen werden.

39. *Felicitas Zopfi* und Mit. über die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit im Kanton Luzern (Nr. 92). Eröffnet 28.10.03, teilw. erh. 22.6.04

Wir erarbeiten zurzeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Personalorganisationen die im Postulat geforderte Neuregelung. Wir haben in einem ersten Schritt in einem Grundsatzpapier die Ziele definiert. Die paritätische Personalkommission hat diesem Papier zugestimmt. Wir werden die sozialpartnerschaftliche Vereinbarung erarbeiten.

40. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Aufhebung der steuerlichen Benachteiligung der Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren (Nr. 234). Eröffnet als Motion 14.6.04, erh. als Postulat 14.9.04

Die Familienbesteuerung des Bundes befindet sich wieder in Diskussion, nachdem das Steuerpaket 2001 des Bundes anlässlich des Urnengangs im Mai 2004 abgelehnt worden ist. Eine rasche Entscheidung über das weitere Vorgehen ist nicht in Sicht. Sollten bis zur geplanten Teilrevision des Luzerner Steuergesetzes per 2008 Resultate vorliegen, werden wir diese prüfen.

41. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Übersiedlung des Amtes Landwirtschaft und Wald Sursee ins Pax-Gebäude (Nr. 291). Eröffnet 13.9.04, erh. 14.9.04 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir halten an unserem Standortentscheid fest. Die beteiligten Departemente haben für den Standortentscheid der Dienststelle Landwirtschaft und Wald umfassende Abklärungen getätigt. Alle Bewerber erhielten die gleichen Chancen. Die Verhandlungen mit den verschiedenen potenziellen Vermietern wurden korrekt, konsequent und nach den üblichen Geschäftsgepflogenheiten geführt. Das Verhandlungsergebnis war positiv. Der neue Standort und das Raumangebot erfüllen die gestellten Anforderungen in qualitativer und ökonomischer Hinsicht. Die Eigentümerin baut die Mieträumlichkeiten nach den vertraglichen Abmachungen fertig aus und stellt diese zur Verfügung. Das Amt für Hochbauten und Immobilien unterzeichnete den Mietvertrag am 7. Juli 2004. Die Ausbauten waren im September 2004 im Gang und zum Teil schon abgeschlossen.

Wir setzen den Sparauftrag auch mit dieser Zulietzung um. Die Dienststelle lawa leistet einen wesentlichen Beitrag zum Sparpaket 2005. Sie haben die Globalkredite, die Staatsbeiträge und den Leistungsauftrag für die landwirtschaftliche Beratung ab dem Budgetjahr 2005 um je eine Million Franken reduziert. Wir können durch fachliche Synergien in den nächsten drei Jahren rund 5% des Gesamtaufwands einsparen. Syner-

gien mit Einsparungen sind auch bei den internen Diensten möglich: Rechnungswesen, Personaladministration, Sekretariate, Informatik, Öffentlichkeitsarbeit und organisatorische Dienste. In diesem Bereich erwartet die Dienststelle am neuen Standort Einsparungsmöglichkeiten von etwa 10% des betreffenden Gesamtaufwandes. Wir können diese grossen Einsparungen nur mit sehr guten räumlichen Rahmenbedingungen erzielen.

Die Effizienz- und Effektivitätsgewinne, die wir mit den neuen Räumlichkeiten erzielen können, lassen sich zahlenmäßig nicht beiführen, sind jedoch von grosser Bedeutung. Eine Führungs- und Unternehmenskultur, die stark auf die Kundschaft und die gemeinsamen staatlichen Interessen ausgerichtet ist, können wir nur unter optimalen Verhältnissen und mit einer guten Kommunikation wirkungsvoll umsetzen. Dazu sind räumliche Nähe und gute Erreichbarkeit unerlässlich.

Wir können die Mietkosten der neuen Räume gegenüber den bisherigen Räumlichkeiten um mehrere tausend Franken pro Jahr reduzieren.

Unter diesen Umständen besteht kein Anlass, auf den getroffenen Standortentscheid zurückzukommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

42. *Bruno Müller* und Mit. über die Fachplanungsaufträge bei Architekturwettbewerben (Nr. 102). Eröffnet 25.11.03, erh. 3.11.04

Die Beschaffung von Bauarbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen ist im Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen vom 19. Oktober 1998 (SRL Nr. 733) und in der Verordnung zum Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen vom 7. Dezember 1998 mit den Änderungen vom 16. November 2004 (SRL Nr. 734) geregelt. Diese gesetzlichen Grundlagen legen den Geltungsbereich, die Grundsätze und die Vergabeverfahren fest. Die Auftraggeberin regelt gemäss § 24 der Verordnung zum Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen das Wettbewerbsverfahren im Einzelfall im Wettbewerbsprogramm. Je nach Komplexität der Aufgabenstellung schreiben wir die Wettbewerbe für einzelne Fachbereiche (Architektur, Ingenieurleistungen, Spezialingenieurbereiche usw.) oder bei vielschichtigen, komplexen Aufgabenstellungen für interdisziplinäre Planerteams aus. Wir führen vorwiegend Architekturwettbewerbe durch. Wir beauftragen die Fachplaner im Anschluss an die Wettbewerbsverfahren in einer separaten Ausschreibung. Wir schreiben vereinzelt für spezifische Aufgabenstellungen Gesamtplanungs- und Gesamtleistungswettbewerbe aus. Wir wenden dieses Vorgehen aber nur an, wenn komplexe, zusammenhängende Aufgabenstellungen zu bearbeiten sind, die innovative Lösungsvorschläge aus verschiedenen Fachbereichen notwendig machen. Wir kennzeichnen diese Wettbewerbe bei der Ausschreibung entsprechend. Wir halten damit die Bestimmungen von Gesetz und Verordnung ein. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

Gesundheits- und Sozialdepartement

Motionen

1. *Hans Lustenberger* namens der GPK über die Änderung der §§ 4 und 63 des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Nr. 607). Eröffnet 23.11.98, erh. 24.11.98

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit den Beratungen der Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes (B 66) behandelt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

2. *Marcel Johann* namens der GASK über eine Verankerung der Praktikumsplätze im Gesundheitsgesetz (Nr. 111). Eröffnet 28.3.2000, erh. 8.5.2000

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit den Beratungen der Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes (B 66) behandelt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

3. *Hans Lustenberger* und Mit. über das Leistungsangebot im Gesundheitswesen des Kantons Luzern (Nr. 270). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.01

Wir erachten die Forderungen als Daueraufgabe und bereits weitgehend als erfüllt. Die einzelnen Anliegen werden in der anstehenden Versorgungsplanung eingehend geprüft.

4. *Eva Zihlmann* und Mit. über einen Planungsbericht für eine kantonale Spitalplanung (Nr. 359). Eröffnet 27.3.01, erh. 20.11.01

Eine Planung wurde bereits in Auftrag gegeben. Im Sommer 2004 hat das Projektteam den Bericht fristgerecht dem Regierungsrat abgegeben.

5. *Beatrice Grüter* und Mit. über die Revision des Schulzahnpflegegesetzes (Nr. 399). Eröffnet 25.6.01, erh. 5.3.02 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Am 19. Oktober 2004 haben wir die Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes verabschiedet. Darin wird dem Anliegen Rechnung getragen. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Erwin Arnold* und Mit. über eine Änderung von § 41 des Sozialhilfegesetzes über die Verjährung anstelle der Verwirkung (Nr. 104). Eröffnet 25.11.03, erh. 13.9.04

Am 29. Juni 2004 haben wir die Botschaft zum Entwurf einer Änderung des Sozialhilfegesetzes verabschiedet. Darin wird dem Anliegen mit dem neuen Paragraphen 41a Rechnung getragen. Die Gesetzesänderung trat am 1. Februar 2005 in Kraft. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

7. *Räto Camenisch* und Mit. über eine Revision des Heimfinanzierungsgesetzes (Nr. 261). Eröffnet 21.6.04, erh. 14.9.04 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Die Revision des Heimfinanzierungsgesetzes ist in Vorbereitung.

8. *Patrick Graf* und Mit. über ein Werbeverbot für Tabak und hochprozentigen Alkohol im Kanton Luzern (Nr. 131). Eröffnet 26.1.04, teilw. erh. 29.11.04

Die Vorarbeiten für die Umsetzung sind eingeleitet.

Postulate

1. *Ruedi Ott* und Mit. über die Errichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beobachtungs- und Therapiestation (KJPBT) (Nr. 159). Eröffnet 18.6.96, teilw. erh. 2.12.97 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Dem Anliegen wird mit der im September 2002 eröffneten psychiatrischen Jugendtherapiestation weitgehend entsprochen. Für kinderpsychiatrische Anliegen wurde das Angebot punktuell verbessert. Ein Projekt für eine kinderpsychiatrische Therapiestation musste mangels finanziellen Mitteln sistiert werden.

2. *Franz Mattmann* und Mit. über eine Änderung des Gesundheitsgesetzes (Publikation der Bewilligung zur Berufsausübung als Medizinalperson) (Nr. 584). Eröffnet als Motion 8.9.98, erh. als Postulat 21.6.99

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit den Beratungen der Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes (B 66) behandelt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

3. *Albert Vitali* und Mit. über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616). Eröffnet als Motion 24.11.98, erh. als Postulat 14.9.99

Wir prüfen das Anliegen im Rahmen der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes. Diese hat wegen der schleppenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes grosse Verzögerung erfahren.

4. *Vreni Moser* und Mit. über die Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 14). Eröffnet als Motion 22.6.99, erh. als Postulat 14.9.99

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Albert Vitali über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616).

5. *Albert Vitali* und Mit. über eine Strukturanalyse über die Aufgaben und die Kostenaufteilung im Sozialbereich (Nr. 540). Eröffnet als Motion 12.5.98, erh. als Postulat 26.10.99

Im Zusammenhang mit dem Projekt Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform, befasst sich der Untersuchungsbereich 3 (Soziales und gesellschaftliche Integration) mit der Aufgabenzuteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Das Projekt ist neu integriert in das Projekt Finanzreform 08, das per 1.1.2008 umgesetzt werden soll.

6. *Vreni Moser* und Mit. über die Festschreibung eines Familienartikels in der neuen Verfassung des Kantons Luzern (Nr. 15). Eröffnet als Motion 22.6.99, erh. als Postulat 26.10.99 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Das Anliegen soll im Rahmen der Revision der Staatsverfassung behandelt werden.

7. *Rico De Bona* über die Prüfung eines degressiven Modells bei der Anspruchsberichtigung der Prämienverbilligung (Nr. 75). Eröffnet 17.1.2000, teilw. erh. 9.5.2000

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Albert Vitali über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616).

8. *Gerhard Klein* und Mit. über die Führung einer detaillierten Kostenrechnung für die ambulante Medizin in allen kantonalen Spitäler (Nr. 258). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.01

In der Beantwortung haben wir aufgezeigt, dass es derzeit genügen muss, wenn der ambulante Ertrag angenommen wird, anstatt ihn zu rechnen. Das Ziel, auch für die ambulant erbrachten Leistungen eine detaillierte Kostenrechnung einzuführen, besteht aber nach wie vor.

9. *Margrit Steinhauser* und Mit. über ein Zentrum für eine geriatrische Kurzzeitrehabilitation (Nr. 285). Eröffnet als Motion 15.1.01, erh. als Postulat 22.1.02

Die Anliegen werden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung und der Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft.

10. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über die Erarbeitung eines umfassenden Massnahmenkonzepts zu jetzigen und zukünftigen Bedürfnissen der älteren Generation im Bereich von Medizin und Pflege (Nr. 299). Eröffnet als Motion 16.1.01, erh. als Postulat 28.1.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Margrit Steinhauser und Mit. über ein Zentrum für eine geriatrische Kurzzeitrehabilitation (Nr. 285).

11. *Marlise Stöckli* und Mit. über den Übertritt vom Akutspital ins Pflegeheim (Nr. 400). Eröffnet 25.6.01, erh. 22.1.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Margrit Steinhauser und Mit. über ein Zentrum für eine geriatrische Kurzzeitrehabilitation (Nr. 285).

12. *Eva Zihlmann* und Mit. über einen Wechsel beim Antragssystem für den Bezug von Prämienverbilligungen (Nr. 442). Eröffnet als Motion 3.7.01, erh. als Postulat 5.3.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Albert Vitali über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616).

13. *Ruth Fuchs* und Mit. über die Errichtung von stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen (Nr. 398). Eröffnet 25.6.01, erh. 27.5.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Ruedi Ott und Mit. über die Errichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beobachtungs- und Therapiestation (Nr. 159).

14. *Rosa Rumi* und Mit. über den Verzicht auf die Festlegung eines Eingabetermins für den Antrag auf Prämienverbilligung (Nr. 443). Eröffnet 3.7.01, erh. 27.5.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Albert Vitali über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616).

15. *Bernadette Schaller* und Mit. über die Aufnahme eines Artikels über die palliative Medizin, Pflege und Begleitung im neuen Gesundheitsgesetz (Nr. 538). Eröffnet als Motion 20.11.01, erh. als Postulat 28.5.02

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes und der Versorgungsplanung geprüft.

16. *Ruedi Schmidiger* und Mit. über die Verordnung über den Geschäftskreis des Sanitätsrates und des Kantonsarztes (Nr. 357). Eröffnet als Motion 27.3.01, teilw. erh. als Postulat 1.7.02

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit den Beratungen der Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes (B 66) behandelt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

17. *Marcel Johann* und Mit. über die Einführung einer Kostenstellen-, Kostenarten- und Kostenträgerrechnung in den öffentlichen Spitäler des Kantons Luzern (Nr. 393). Eröffnet als Motion 25.6.01, erh. als Postulat 1.7.02

Entsprechend der Bundesverordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung

in den Pflegeheimen und Spitätern in der Krankenversicherung (VKL) sind die Spitäler und Kliniken an deren Umsetzung. Die öffentlichen Spitäler des Kantons Luzern verfügen im schweizerischen Vergleich bereits heute über eine gute Kostenrechnung. Schweizweit wird zurzeit im Projekt REKOLE (Revision der Kosten- und Leistungsrechnung) an einem gesamtschweizerischen Standard für die Kosten- und Erlösrechnung gearbeitet. Die Zentralschweizer Spitäler sind in diesem Projekt vertreten.

18. *Lotti Stadelmann* und Mit. über die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schul- und Vorschulalter (Nr. 376). Eröffnet als Motion 8.5.01, erh. als Postulat 26.11.02 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist im Teilprojekt der Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform: Umsetzungsbereich „Soziales und gesellschaftliche Integration“ aufgenommen und wird dort bearbeitet. Im Anschluss daran werden wir überprüfen, ob neue gesetzliche Bestimmungen zu erlassen sind.

19. *Herbert Widmer* und Mit. über ein modernes Konzept für den Sanitätsnotruf und den Rettungsdienst des Kantons Luzern (Nr. 417). Eröffnet als Motion 26.6.01, erh. als Postulat 26.11.02

Die Anliegen werden in der anstehenden Versorgungsplanung eingehend geprüft.

20. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Auslastung, die Erreichbarkeit und wenn nötig einen Ausbau der Schwangerschaftsberatungsstelle (Nr. 669). Eröffnet 24.6.02, erh. 27.1.03

Das eigentliche Beratungsangebot ist gemessen an den Anfragen genügend. Die Überprüfung des sexualpädagogischen Angebots ist noch nicht abgeschlossen.

21. *Damian Meier* und Mit. über die Konsequenzen für die Schwangerschaftsberatungsstelle nach Annahme der Fristenregelung (Nr. 670). Eröffnet 24.6.02, erh. 27.1.03

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Ida Glanzmann und Mit. über die Auslastung, die Erreichbarkeit und wenn nötig einen Ausbau der Schwangerschaftsberatungsstelle (Nr. 669).

22. *Herbert Widmer* und Mit. über ein zukunftsgerichtetes Konzept im Bereich der Sozialausgaben (Nr. 392). Eröffnet 25.6.01, erh. 23.6.03

Die im Postulat geforderte Sozialstatistik wird durch das Bundesamt für Statistik geführt. Eine vollständige Datenerfassung für den ganzen Kanton wurde erstmalig im Jahre 2003 durchgeführt. Für die Entwicklung der Soziallasten verweisen wir auf den IFAP. Was die Bundesausgaben betrifft muss festgestellt werden, dass sich diese in den nächsten Jahren in Verbindung mit der Neugestaltung des Finanzausgleiches des Bundes (NFA) sehr unterschiedlich entwickeln werden. Wir bearbeiten diese Frage im Grossprojekt Finanzreform 08. Konkrete Massnahmen können erst eingeleitet werden, wenn die Folgen genau bekannt sind.

23. *Rosa Rumi* und Mit. über die Öffnung des Zugangs für Gemeindeverwaltungen zur Datenbank der Ausgleichskasse (Nr. 444). Eröffnet 3.7.01, erh. 23.6.03

Wir prüfen das Anliegen dieses Postulats im Rahmen der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes.

24. *Daniela Kiener* und Mit. über ein kantonales Familienleitbild (Nr. 708). Eröffnet als Motion 2.7.02, erh. als Postulat 23.6.03

Die Stelle für Familienfragen hat die diesbezügliche Arbeit im Herbst 2004 aufgenommen.

25. *Esther Schönberger* und Mit. über die Verankerung der Spitex-Hilfe und Spitex-Pflege im neuen Gesundheitsgesetz (Nr. 739). Eröffnet als Motion 10.9.02, erh. als Postulat 24.6.03

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit den Beratungen der Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes (B 66) behandelt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Gaby Müller* und Mit. über die Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden in der Sozialpolitik (Nr. 827). Eröffnet 27.1.03, erh. 23.6.03

Im Zusammenhang mit dem Projekt Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform, befasst sich der Untersuchungsbereich 3 (Soziales und gesellschaftliche Integration) mit der Aufgabenzuteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Das Projekt ist neu integriert ins Projekt Finanzreform 08, das per 1.1.2008 umgesetzt werden soll.

27. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über eine umgehende Auslösung weiterer Planungsschritte für das Kinderspital Luzern und die Aufnahme des Projekts „Erweiterung Kinderspital“ (mit Investitionskosten) in den IFAP 2004 bis 2008 (Nr. 874). Eröffnet 1.4.03, teilw. erh. 9.9.03 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
Die dringenden Sofortmassnahmen im Rahmen von 5,35 Millionen Franken konnten ausgeführt werden. Aufgrund der notwendigen Priorisierung konnten bisher weder Planungs- noch Investitionskosten im IFAP 2005 – 2009 aufgenommen werden. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der laufenden Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft.

28. *Bruno Heutsch* und Mit. über die neue Spitalliste 2004 (Nr. 28). Eröffnet 24.6.03, erh. 9.3.04
Die Anliegen werden in der anstehenden Versorgungsplanung geprüft.

29. *Patrick Graf* und Mit. über aussagekräftige Indikatoren zur Gesamtzielsetzung im Spitalbereich (Nr. 29). Eröffnet 24.6.03, erh. 9.3.04
Indikatoren müssen auf einer einwandfreien Grundlage basieren und die Kontinuität und die Vergleichbarkeit (Benchmark) mit andern Spitätern gewährleisten. Das nationale einheitliche Vorgehen gemäss Rahmenvertrag H+ /Santésuisse ist daher richtig und führt kontinuierlich zu einer Verbesserung der Aussagekraft über Qualität und Sicherheit im Spitalbereich und somit zu aussagekräftigeren Indikatoren. Zudem arbeiten die öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitäler und die Kantone der Zentralschweiz zusammen mit Santésuisse an einer gemeinsamen Organisation („QUAZentral“) zur Ergebnisqualitätsmessung (Outcome-Messung) im akutstationären und somatischen Bereich.

30. *Karl M. Ronner* und Mit. über ein Informationsmedium als Prävention für gesunde Ernährung (Nr. 36). Eröffnet 24.6.03, erh. 22.6.04
Das Ziel des Postulats, die Verbreitung von Informationen über gesunde Ernährung, ist für die Stelle für Gesundheitsförderung und für die Schulen ein Dauerauftrag. Zudem beteiligen sich daran auch viele Private wie Krankenversicherer, Gesundheitsorganisationen, Landwirtschaftskreise, usw. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

31. *Patrick Meier* und Mit. über das Gesetz über die Schulzahnpflege (Nr. 93). Eröffnet 28.10.03, erh. 22.6.04 (i.V. mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)
Am 19. Oktober 2004 haben wir die Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes verabschiedet. Darin wird dem Anliegen Rechnung getragen. Wir beantragen, die Motion **abzuschreiben**.

32. *Anton Kunz* und Mit. über die Einquartierung von renitenten Asylbewerbern (Nr. 110). Eröffnet als Motion 19.1.04, erh. als Postulat 14.9.04
Wir betrachten das Anliegen des Postulats, nämlich bei künftigem Platzbedarf für die kollektive Unterbringung von renitenten Asylbewerbern zuerst die Nutzung von staatseigenen Liegenschaften oder solchen des Bundes zu prüfen, als Dauerauftrag. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motionen

1. *Gaby Müller* und Mit. über eine rechtliche Grundlage für registrierte Partnerschaften von homosexuellen Paaren (Nr. 486). Eröffnet 11.9.01, teilw. erh. 5.3.02
Das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare ist noch nicht in Kraft (Referendumsabstimmung am 5. Juni 2005). Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes hin werden wir Anpassungen im luzernischen Recht vornehmen, soweit auf kantonaler Ebene Anpassungs- und Ergänzungsbedarf besteht.

2. *Walter Häcki* namens der SPK über die Anpassung der kantonalen Rechtssätze an den Grundsatz der Organisationsfreiheit der Gemeinden (Nr. 144). Eröffnet 8.3.04, erh. 8.3.04

Wir haben die Bearbeitung des Anliegens zusammen mit den andern Departementen an die Hand genommen. Unser Ziel ist es, bis Frühjahr 2006 eine entsprechende Botschaft zu verabschieden.

3. *Martin Müller* namens der SVP-Fraktion über die Änderung von § 23 des Grundbuchgesetzes (Nr. 7). Eröffnet 16.6.03, teilw. erh. 22.6.04

Nach dem eidgenössischen Fusionsgesetz dürfen ab dem 1. Juli 2009 bei Umstrukturierungen nur noch kostendeckende Grundbuchgebühren verlangt werden. Dazu muss die kantonale Grundbuchgesetzgebung geändert werden. Die Anpassung soll nicht erst auf den 1. Juli 2009 erfolgen.

4. *Beat Ineichen* und Mit. über das Ruhetags- und Ladenschlussgesetz (Nr. 269). Eröffnet 22.6.04, teilw. erh. 14.9.04

Ihr Rat berät die Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes gestützt auf unsere Botschaft B 68 vom 9. November 2004. Eine zweite Botschaft wird Ihnen im Laufe des Jahres 2005 unterbreitet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Hans Aregger* und Mit. über die Lockerung der Ladenschlusszeiten für Tankstellenshops (Nr. 270). Eröffnet 22.6.04, erh. 14.9.04

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über das Ruhetags- und Ladenschlussgesetz (Nr. 269). Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Alois Hodel* und Mit. über „gleich lange Spiesse“ bei Ausnahmeregelungen zu den Ladenschlusszeiten (Nr. 271). Eröffnet 22.6.04, teilw. erh. 14.9.04

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über das Ruhetags- und Ladenschlussgesetz (Nr. 269). Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

Postulate

1. *Hans-Peter Widmer* und Mit. über eine Änderung der Staatsverfassung (aktives und passives Wahlrecht für niedergelassene Ausländer und Ausländerinnen (Nr. 187). Eröffnet als Motion 19.4.88, erh. als Postulat 23.10.90

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

2. *Martin Ullrich* und Mit. über die Errichtung der Institution eines Ombudsmanns für den Kanton Luzern (Nr. 552). Eröffnet 20.3.90, erh. 11.3.91

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

3. *Peter Germann* und Mit. über die Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vom 17. November 1970 (Behördengesetz) (Nr. 623). Eröffnet 2.7.90, erh. 11.3.91

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

4. *Alois Graf* und Mit. über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes (Nr. 406). Eröffnet als Motion 26.6.89, erh. als Postulat 12.12.94

Aus verschiedenen Gesprächen mit Grosskunden im Kanton Luzern und mit anderen Gebäudeversicherungen lässt sich kein Handlungsbedarf für individuelle Selbstbehalt ausmachen. Dies belegen auch die Erfahrungen einzelner Gebäudeversicherungen, die vor kurzem die Möglichkeiten dazu geschaffen haben. Sie werden praktisch nicht genutzt, andererseits ist der administrative Aufwand gross. Der Gebäudeversicherung des Kantons Luzern ist noch kein Antrag für einen individuellen Selbstbehalt zugegangen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

5. *Kuno Kälin* und Mit. über die Änderung von § 45 Absatz 1 der Staatsverfassung (Verteilung der Grossratsmandate) (Nr. 743). Eröffnet als Motion 25.10.94, teilw. erh. als Postulat 12.9.95

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

6. *Beatrix Stadler* und Mit. über die Schaffung eines Vorschlagsrechts für die Gemeinden (Gemeindemotion) (Nr. 9). Eröffnet als Motion 27.6.95, erh. als Postulat 12.9.95

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

7. *Louis Schelbert* und Mit. über die Schaffung einer neuen politischen Regionalstruktur (Nr. 54). Eröffnet als Motion 24.10.95, erh. als Postulat 28.11.95
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

8. *Rudolf Amrein (Malters)* über eine Änderung der Gebührenregelung (Nr. 32). Eröffnet als Motion 23.10.95, erh. als Postulat 3.12.96
Dem Anliegen kommt keine Priorität zu. Wir haben dessen Bearbeitung zurückgestellt.

9. *Heidy Lang* und Mit. über eine Änderung von § 23 Grundbuchgesetz (Nr. 135). Eröffnet als Motion 20.5.96, erh. als Postulat 3.12.96
Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Martin Müller namens der SVP-Fraktion über die Änderung von § 23 des Grundbuchgesetzes (Nr. 7).

10. *Alex Bruckert* und Mit. über verkraftbare Grundbuchgebühren (Nr. 139). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 3.12.96
Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Martin Müller namens der SVP-Fraktion über die Änderung von § 23 des Grundbuchgesetzes (Nr. 7).

11. *Martin Schällebaum* und Mit. über einen Rechenschaftsbericht zur Kosten- und Qualitätskontrolle an den kantonalen Rechtsinstanzen (Nr. 127). Eröffnet als Motion 25.3.96, erh. als Postulat 13.5.97 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
Mit der Botschaft B 79 vom 21. Dezember 2004 haben wir Ihrem Rat verschiedene Erlassänderungen zur Einführung des Modells "Leistungsorientierte Gerichte" (LOG) unterbreitet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

12. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern (Nr. 143). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 26.10.99
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

13. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über eine Konkretisierung von § 96 der Staatsverfassung bei deren Totalrevision (Nr. 144). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 26.10.99
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

14. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über die Schaffung eines konstruktiven Referendums (Nr. 145). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 26.10.99
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

15. *Marianne Kneubühler* und Mit. über eine Verlängerung der Amtsdauer der Behörden im Kanton Luzern (Nr. 635). Eröffnet als Motion 26.1.99, erh. als Postulat 26.10.99
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

16. *Hans Frank* und Mit. über die Bildung einer interparlamentarischen Kommission der Kantone der Zentralschweiz (Nr. 636). Eröffnet als Motion 26.1.99, erh. als Postulat 26.10.99
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

17. *Hans Frank* und Mit. über eine Neueinteilung der Wahlkreise (Nr. 670). Eröffnet 23.3.99, erh. 26.10.99
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

18. *Louis Schelbert* und Mit. über mehr Mitsprache des Parlaments bei interkantonalen Konkordaten (Nr. 36). Eröffnet als Motion 14.9.99, erh. als Postulat 9.5.2000
Mit der Botschaft B 69 vom 9. November 2004 haben wir Ihrem Rat Änderungen des Grossratsgesetzes über den besseren Einbezug des Parlaments bei Konkordaten unterbreitet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Vreni Moser* und Mit. über eine gesetzliche Grundlage für regionale Zusammenarbeit in der neuen Staatsverfassung (Nr. 100). Eröffnet als Motion 15.2.2000, erh. als Postulat 6.6.2000
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

20. *Louis Schelbert* über den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (Nr. 103). Eröffnet als Motion 27.3.2000, erh. als Postulat 12.9.2000
Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wurden Mitte 2004 umge-

setzt. Die tripartite Kommission ist eingesetzt und die Inspektoren sind bestimmt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Rico De Bona* und Mit. über die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Teilnahme an kantonalen Wahlen und Abstimmungen per Internet (Nr. 136). Eröffnet 8.5.2000, erh. 12.9.2000

Der Bund hat ein entsprechendes Projekt gestartet. Die hängigen Fragen sind aber noch nicht geklärt.

22. *Louis Schelbert* und Mit. über die Ausweitung der Wahlkompetenzen des Grossen Rates (Nr. 247). Eröffnet als Motion 21.11.2000, erh. als Postulat 8.5.01

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

23. *Adrian Borgula* und Mit. über den Umgang mit gefährlichen Hunden (Nr. 246). Eröffnet als Motion 21.11.2000, teilw. erh. als Postulat 11.9.01 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Das Gesetz und die entsprechende Verordnungsänderung sind im Gesundheits- und Sozialdepartement in Bearbeitung und werden Ihrem Rat im Jahr 2005 zugeleitet.

24. *Marcel Johann* und Mit. über Massnahmen im Zusammenhang mit der Zucht, dem Handel und der Haltung von gefährlichen Hunden und so genannten Kampfhunden und dem damit verbundenen Schutz der Bevölkerung (Nr. 267). Eröffnet 21.11.2000, teilw. erh. 11.9.01 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Adrian Borgula und Mit. über den Umgang mit gefährlichen Hunden (Nr. 246).

25. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Änderung von § 32 Ziffer 2 des Gebäudeversicherungsgesetzes (Nr. 387). Eröffnet als Motion 8.5.01, erh. als Postulat 5.3.02

Die Praxis zeigt, dass 10 Prozent der Entschädigungen für die Räumungskosten und die fachgerechte Entsorgung ausreichen. Die meisten Gebäudeversicherungen kennen analoge Bestimmungen, wie die Gebäudeversicherung des Kantons Luzern (GVL). Die GVL hat noch keine Anfrage für eine Zusatzversicherung erhalten. Für Sonderfälle kann eine solche Zusatzversicherung angeboten werden (§ 13 Absatz 2 GVG). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Überprüfung der Erreichbarkeit der Polizei und der Sicherheit der Bevölkerung (Nr. 464). Eröffnet 10.9.01, erh. 27.5.02

Wir haben bereits in der Stellungnahme zum Vorstoss darauf hingewiesen, dass die geforderte Verbesserung davon abhängt, dass der Personalbestand der Kantonspolizei vergrössert werden kann. Nachdem die zweite Erhöhung des Polizeibestandes zumindest verzögert ist, kann zur Umsetzung des Vorstosses noch nicht endgültig Stellung genommen werden.

27. *Felix Müri* und Mit. über die Einführung der Amtsenthebung (Nr. 577). Eröffnet als Motion 28.1.02, erh. als Postulat 28.5.02

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

28. *Karl M. Ronner* und Mit. über den Amtsantritt von Grossratspräsidium und Schulteiss (Nr. 662). Eröffnet 28.5.02, erh. 29.10.02

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

29. *Beatrice Grüter* namens der AKK über die Umsetzung der Departementsreform (Nr. 778). Eröffnet 25.11.02, erh. 26.11.02

Die neue Organisation innerhalb der Departemente ist geschaffen. Die Strukturen sind im Internet ersichtlich. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

30. *Gaby Müller* und Mit. über die Offenlegung von Interessenbindungen von Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern (Nr. 475). Eröffnet als Motion 11.9.01, erh. als Postulat 20.1.03

Dem Anliegen kommt keine Priorität zu. Wir haben dessen Bearbeitung zurückgestellt.

31. *Anton Kunz* und Mit. über die Unvereinbarkeit der Mitglieder des Grossen Rates (Nr. 704). Eröffnet als Motion 2.7.02, erh. als Postulat 20.1.03

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

32. *Gerhard Klein* und Mit. über eine Änderung von § 40 Absatz 1 der Staatsverfassung Volksreferendum) (Nr. 776). Eröffnet als Motion 25.11.02, erh. als Postulat 21.1.03

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

33. *Louis Schelbert* und Mit. über die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips bei der kantonalen Verwaltung (Nr. 782). Eröffnet als Motion 25.11.02, erh. als Postulat 17.2.03

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

34. *Ernst Blaser* und Mit. über eine härtere Gangart gegen Drogendealer und Kriminelle auch in der Agglomeration (Nr. 797) Eröffnet 26.11.02, erh. 17.2.03

Das konsequente Vorgehen gegen Drogendealer und Kriminelle ist eine Daueraufgabe, die - ob in der Stadt oder in der Agglomeration - mit Nachdruck verfolgt wird. Der knappe Personalbestand limitiert zwar den Einsatz der Kräfte, doch werden wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

35. *Walter Stucki* namens der SPK über die mittelfristig zu erzielende Einsparung bei den Personalkosten im Rahmen der laufenden Strukturreform (Nr. 836). Eröffnet 17.2.03, erh 17.2.03

Mit der Staatsrechnung 05 werden wir Ihnen über den Erfolg der Sparmassnahmen der vergangenen Jahre und damit auch über die dank der Strukturreform erzielten Einsparungen berichten.

36. *Odilo Abgottspion* über die Schaffung von parlamentarisch-demokratischen Strukturen und Institutionen in der Region Zentralschweiz (Nr. 430) Eröffnet als Motion 2.7.01, erh. als Postulat 1.4.03

Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

37. *Albert Vitali* und Mit. über die Anpassung der Weisungen für das Bürgerrechtswesen (Nr. 597). Eröffnet 5.3.02, erh. 1.4.03

Die Information an die Gemeinden erfolgte im Herbst 2004. Die Weisung ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

38. *Ruth Keller* und Mit. über den Familiennachzug von Ausländerinnen und Ausländern aus Nicht-EU-Staaten (Nr. 794). Eröffnet 26.11.02, erh. 24.6.03

Der Familiennachzug konnte im Kanton Luzern bisher innert einer Frist von drei Jahren nach Entstehen des Anspruchs erfolgen. Gefordert wird eine Frist von fünf Jahren. Eine Umfrage bei den umliegenden Kantonen hat gezeigt, dass diese für den Familiennachzug keine Fristen kennen. Wir kommen deshalb dem Anliegen des Postulats entgegen und werden Gesuche künftig innert fünf Jahren akzeptieren. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

39. *Anton Kunz* und Mit. über eine Statistik der Delikte von Asylsuchenden (Nr. 832). Eröffnet als Motion 17.2.03, erh. als Postulat 20.1.04

Die neue Informatikplattform, die von verschiedenen Kantonen zusammen geschaffen wird, ist noch nicht vorhanden. Die Statistik kann deshalb noch nicht in der gewünschten Form erstellt werden.

40. *Odilo Abgottspion* und Mit. über die schweren Unfälle auf den Luzerner Strassen (Nr. 63). Eröffnet 9.9.03, erh. 26.1.04

Die im Vorstoss und in unserer Stellungnahme genannten Massnahmen wurden umgesetzt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

41. *Stefan Wassmer* und Mit. über den Abbau von Bundesarbeitsplätzen (Nr. 163). Eröffnet 3.5.04, erh. 4.5.04 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Der Regierungsrat setzt sich für den Erhalt der Bundesarbeitsplätze im Kanton seit je vehement ein. Er wird dies auch im Rahmen der Vernehmlassung zum Standortkonzept des VBS tun. Es werden in der Folge zudem direkte Gespräche mit dem VBS geführt. Das VBS wird im Herbst 2005 definitiv entscheiden.

42. *Leo Müller* und Mit. über die Rechtsauskunft beim Arbeitsgericht und Sparmassnahmen beim Grundbuchinspektorat (Nr. 240). Eröffnet 14.6.04, erh. 14.6.04

Das Anliegen wurde im Rahmen des Sparpaketes behandelt. Das Obergericht hat beim Grundbuchinspektorat entsprechende Massnahmen vorgenommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

43. *Rosa Rumi* und Mit. über die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle (Nr. 504). Eröffnet 23.10.01, teilw. erh. 22.6.04
Das Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

44. *Gerhard Klein* und Mit. über die Aufhebung der Funktion des Sektionschefs (Nr. 71). Eröffnet 27.10.03, erh. 22.6.04
Die Funktionen der Sektionschefs in den Gemeinden werden bis 2008 aufgehoben. Deren Aufgabe wird künftig zentral im Kreiskommando wahrgenommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

45. *Christoph Lengwiler* und Mit. über eine moderate Ausweitung der Ladenschlusszeiten. (Nr. 272). Eröffnet 22.6.04, erh. 14.9.04
Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über das Ruhetags- und Ladenschlussgesetz (Nr. 269). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

46. *Thomas Willi* über einen Online-Zugriff auf die Grundbuchdaten (Nr. 56). Eröffnet 9.9.03, erh. 14.9.04
Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zum Vorstoss dargelegt haben, wird die Einführung des Online-Zugriffs auf die Grundbuchdaten frühestens auf 2008 geprüft.

47. *Gerhard Klein* namens der SVP-Fraktion über den Erhalt eines Logistikzentrums Zentralschweiz und des Flugplatzes Emmen (Nr. 312). Eröffnet 2.11.04, erh. 3.11.04 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)
Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Stefan Wassmer und Mit. über den Abbau von Bundesarbeitsplätzen (Nr. 163).

48. *Ernst Blaser* und Mit. über eine Änderung von § 299 der Strafprozessordnung (Nr. 60). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 29.11.04
Im Rahmen des Projektes "Finanzreform 08" wird bei der Behandlung der Aufgabenzuteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden die Finanzierung der Strafen und Massnahmen überprüft.

49. *Erwin Arnold* und Mit. über die Zuständigkeit der Kostenübernahme im Massnahmenvollzug nach §§ 299 und 202 der Strafprozessordnung (Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche) (Nr. 66). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 29.11.04
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Ernst Blaser und Mit. über eine Änderung von § 299 der Strafprozessordnung (Nr. 60).

50. *Patrick Graf* und Mit. über einen Mindestanteil an Nichtrauchertischen in Gaststätten (Nr. 132). Eröffnet als Motion 26.1.04, erh. als Postulat 29.11.04
Wir werden eine Arbeitsgruppe einsetzen, die mögliche Massnahmen erarbeitet.

51. *Adrian Borgula* und Mit. über die Zuweisung von Rasern zu gezielten Lernprogrammen (Nr. 136). Eröffnet 26.1.04, erh. 29.11.04
Wir werden im Jahr 2005 prüfen, wie das Anliegen „Lernprogramme für Raser“ im Kanton Luzern aufgenommen und umgesetzt werden kann.

52. *Konrad Graber* über Nulltoleranz gegenüber Rasern (Nr. 279). Eröffnet als Motion 13.9.04, erh. als Postulat 29.11.04
Das Problem ist erkannt. An konkreten Massnahmen dagegen wird gearbeitet. Zum Teil sind solche schon umgesetzt.

